

DIE AGENTEN DER „ZWEITEN REVOLUTION“

Eine neue Hochwelle der Hetze gegen Moskau geht durch die ganze kapitalistische Welt. Sie erhob sich nach dem Sieg der englischen Regierung über den Generalstreik im Mai, nach dem Sieg des Faschismus in Polen und nach dem Einmarsch der chinesischen reaktionären Truppen in Peking. Gegenwärtig hat sich diese internationale antisowjetistische Hetze bereits weit und breit entfaltet. Es riecht dabei stark nach einer politischen Vorbereitung („Popularisierung“) einer eventuellen künftigen Intervention. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man beobachtet, welche Kräfte am interessiertesten an der Entfaltung dieser Hetze gearbeitet haben: Die englische und die polnische Regierung, die deutsche Sozialdemokratie und die russische weiße Emigration. Sehr verständlich, denn eine jede von diesen Agenturen der internationalen Konterrevolution hat ihre häuslichen Sorgen als auf der Hand liegende aktuelle und dringende Gründe zur aktiven Beteiligung an jedem beliebigen Verbrechen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt und insbesondere gegen deren festesten Stützpunkt, die russische Revolution.

Ein gefundenes Fressen für die antimoskowitzische Kampagne war in den letzten Monaten das Auftreten der neuen Opposition in der KPSU. Es ist von unseren Klassenfeinden auf die allerverschiedensten Arten ausgenützt worden. Die blödesten Schafsköpfe fabrizieren noch immer für die kapitalistische und sozialdemokratische Presse alltäglich Räuber geschichten über Aufstände in der Roten Armee, Verhaftungen der Oppositionsführer, Attentate gegen verantwortliche Parteiführer usw. Die Gescheiteren aber begrüßen die Opposition mit Freuden, so z. B. M i l j u k o w:

„Für Rußland vollzieht sich durch das Auftreten der Opposition in klarer Form ein Ereignis von gewaltiger politischer Wichtigkeit: eine offene Propaganda und Agitation gegen die Regierung.“

Noch pfiffiger gehen die Menschewiki zu Werke: Sie kritisieren in der Regel zuerst mit leichter Hand die „Ideologien und subjektiven Absichten“ der verschiedenen Gruppen der russischen Opposition; dann aber preisen sie in den höchsten Tönen die Kritik der Opposition „an dem bestehenden System“ („die die Kritik der Sozialdemokratie fast wörtlich wiederholt“) und „die objektive, historisch-progressive Rolle der Opposition im Prozesse der Formierung der Klassenkräfte und der Liquidierung der Diktatur“.
(F. D a n.)

In diesem Zigeunerorchester fehlen auch nicht „ k o m m u n i s t i s c h e “ Instrumente.

Sie sind „deutsches Fabrikat“. In anderen kapitalistischen Ländern hat man höchstens einzelne Töne dieser Art gehört, in Deutschland aber kann man sich an einem ständigen Zusammenspiel von verschiedenen „ultra-linken“ Koryphäen in den schönsten antimoskowitzischen Tonarten ergötzen.

Das ist fürwahr nicht die Schuld der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wie alle übrigen kommunistischen Parteien, hat auch die KPD

ohne jedes Schwanken und jeden Vorbehalt die neue Opposition in der KPSU verurteilt und mit wahrer bolschewistischer Wachsamkeit und Entschlossenheit die Treibereien der ultralinken Fraktionsführer in der „russischen Frage“ bekämpft. Die Liquidierung dieser Schweinereien innerhalb der Partei wird auch kaum mehr viele Wochen erfordern. Die schlimmsten Freibeuter, wie Iwan Katz, Korsch, Arkadi Maslow und ähnliche Leute, stehen bereits außerhalb der Kommunistischen Partei; sie haben aber alle in den Reihen der Partei — bis zur Beendigung der Parteidiskussion auf dem nächsten Parteitag — noch eine Anzahl Anhänger, Gruppen, Grüppchen und Unteroffiziere.

Ein Kennzeichen der antimoskowitzischen Kampagne dieser Gesellschaft ist eine ziemlich streng durchgeführte Rollenverteilung unter ihren verschiedenen „Abteilungen“ und Abteilungsleitern.

I w a n K a t z tobt wie ein toller Hund gegen die „Moskauer Verführer“, gegen „den russischen Kapitalistenstaat“, gegen das russische „System des zu allgemeiner Staatsraison erhobenen Jesuitismus und Machiavellismus“, gegen „die Hure Komintern“ usw. Aber wohlgermerkt: er tobt nicht gegen die neue Opposition der KPSU. Umgekehrt, er heult vor Jubel, daß auch Urbahns, Weber & Comp. (die Mitglieder der KPD. sind) für die russische Opposition eintreten und „schon gegen die Stalinbande vordringen“.

K o r s c h nimmt auch kein Blatt vor den Mund und verlangt — warum nicht? Wenn schon, denn schon — eine „zweite Revolution“ in Sowjetrußland. Da er aber Professor ist, liebt er solche Losungen mit langweiligen „wissenschaftlichen“ (und selbstverständlich „entschieden linken“) Motivierungen zu kommentieren.

R u t h F i s c h e r, die zusammen mit Maslow eifrig geheime Verhandlungen einerseits mit Korsch, andererseits mit Urbahns und Weber zugunsten der russischen Opposition führt, spricht sich offen weder für noch gegen die erwähnte Hauptlosung von Korsch aus. In der Öffentlichkeit tritt sie als Rußland-Kennerin auf mit Vorträgen über die „Unterdrückung der Arbeiter“ und „Verstärkung der Reaktion“ in der Sowjetunion. Die „Informationen“, die sie zu diesen albernen Verleumdungen braucht, schöpft sie aus den „kritischen Materialien“ der russischen Opposition; um aber einen größeren Effekt zu erreichen, hält sie es für notwendig, das Material durch eigene konkrete Lügen zu „verbessern“. Dann taugt es schon ausgezeichnet für den „Vorwärts“ als „objektives Beweismaterial“ gegen die Aussagen der zweiten deutschen Arbeiterdelegation über die Lage der Arbeiterschaft in der Sowjetunion . . .

U r b a h n s, S c h o l e m und W e b e r (die innerhalb der Kommunistischen Partei sind) treten auch nicht für die Losung der „zweiten Revolution“ in Rußland ein, wohl aber jederzeit für den Schutz derjenigen Leute, die als Parteimitglieder diese Losung propagieren wollen (gegen „alle organisatorischen Maßnahmen“ ihnen gegenüber). Warum sollte man nicht als Mitglied der Kommunistischen Partei für einen Aufstand gegen die Sowjetmacht agitieren dürfen?! Soviel „Meinungsfreiheit“ muß doch in den Reihen der Komintern ihrer Meinung nach erlaubt sein! „Wir fordern“ — rufen sie aus — „die Aufhebung aller Maßregelungen und der aus politischen Gründen vollzogenen Ausschlüsse ehrlicher revolutionärer Genossen in der Kommunistischen Partei Deutschlands!“ (d. h. der ehr-

lichen Katz, Korsch, Maslow und ihrer Kumpane.) „Wir fordern weiter die Aufhebung der Maßregelungen Sinowjews, Laschewitschs usw. in der PKSU!“ usw. usw.

Arkadi Maslow hat für sich die Rolle gewählt, hinter den Kulissen das Zusammenspiel der verschiedenen ultralinken Grüppchen in der russischen Frage zu leiten. Und er macht das geschickt.

Mit der Gewandtheit eines qualifizierten Taschenspielers macht er jede falsche Behauptung der russischen Opposition durch eine ganz leise Uebertreibung, Vereinfachung oder Verallgemeinerung, oder durch Hinzufügung eines kleinen „Kommentarchens“ zu einem brauchbaren Material für feinere „diplomatische“, antimoskowitzische Agitation*. Dieses Maslow'sche Halbprodukt wird danach von den Korsch-Leuten und ihresgleichen weiter verarbeitet, weiter entstellt und mit „entschiedeneren“ Kommentaren versehen; und in dieser Form taugen sie bereits für die sozialdemokratische und faschistische Presse als „sensationelles Enthüllungsmaterial“, das jetzt mit offen konterrevolutionären Kommentaren versehen wird. So wird die Sache gemacht.

Hier ein paar Beispiele. In der Weber-Resolution hieß es:

„In diesem Kampf wendet sich die Leningrader Opposition gegen die Bejahung der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande“ und „gegen die Idealisierung des gegenwärtigen Zustandes der russischen Staatsindustrie“.

In dem „Weddinger Memorandum“ wieder wurde gesagt, die Mehrheit der Parteizentrale der KPSU habe u. a. die Theorie aufgestellt,

„daß die russische Staatsindustrie bereits eine sozialistische Industrie sei, das heißt daß der Staatskapitalismus in Sowjetrußland, den Lenin als Fortschritt gegenüber der zersplitterten kleinstädtischen Warenwirtschaft bezeichnete, gar keine kapitalistischen Elemente besitzt.“

Dann trat Herr Korsch auf, berief sich auf die Minderheit des ZK der KPSU (die nach seinen Worten „auf dem Standpunkt einer illusionsfreien Charakterisierung der russischen Staatsindustrie als staatskapitalistisch steht“) und sagte, daß diese Staatsindustrie zu charakterisieren ist als „ganz kapitalistisch“!

Weiter: In der „Erklärung“ von Urbahns, Weber und Konsorten sagte man u. a.:

„Wir weisen mit Nachdruck auf die große Kulakengefahr hin, deren Vorhandensein die letzten Wahlen zu den Sowjets bestätigt haben.“

Dann begannen die „entschiedenen Linken in der KPD“ im Chorus zu singen von dem „Sieg der Reaktion bei den letzten Sowjetwahlen“, über die „kulakisierte russische Partei“ und die „kulakisierte Komintern“.

Noch ein Beispiel: In der Weber-Resolution wurde gesagt, daß die russische Opposition u. a. kämpft

„gegen die Uebertreibung der Nep, wie sie besonders kraß durch das geflügelte Wort „Bereichert euch“ signalisiert wurde und in der Praxis zum Beispiel durch

* Siehe zum Beispiel das im Namen der Weddinger Opposition und der Urbahnsgruppe herausgegebene Memorandum „Material zur russischen Frage“; die von Weber unterzeichnete „Resolution zur russischen Frage“ und die von Urbahns, Scholem, Weber und vielen anderen unterschriebene „Erklärung zur russischen Frage“.

die neue Landgesetzgebung, im Warenaustausch und Freihandel usw. ihren Ausdruck findet,

für die Beschränkung der Nep auf die ihr von Lenin gestellten Aufgaben, gegen jegliche Lockerung der Diktatur des Proletariats gegenüber der Stadt- und Dorfbourgeoisie durch Ausdehnung der Sowjetdemokratie usw., für die Aufrechterhaltung bzw. Ausbau der privilegierten Stellung des Industrieproletariats und der Dorfarnut im proletarischen Staat.“

Nun, wenn die russische Opposition einen derartigen Kampf führt — meinten dabei die deutschen Oppositionellen —, so sollen wir diesen Kampf noch ein bißchen „entschiedener“ propagieren. Und so trat ein Korsch-Anhänger, Giwan, in einer Berliner Parteizelle auf und schlug eine Resolution vor, in der es u. a. hieß:

„Weiter erkennt die Zelle „Konsum“, daß die gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung in Rußland schon heute unter dem nicht mehr verschleierten Zeichen der Reaktion steht und die proletarische Diktatur ganz offen abgebaut wird. Klar und deutlich tritt in Erscheinung, daß die in Rußland durchgeführte Rationalisierung fast vollständig auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird, und daß alle Abwehrmaßnahmen des Proletariats mit allen Mitteln der Staatsmacht unterdrückt werden.“

Dann wurden in dieser Resolution die russischen „politisch und wirtschaftlich entrechteten Proletariermassen“ aufgefordert, „den verschärften Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen und damit vorzubereiten die zweite Revolution zum Sturze der Macht des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie!“

So wird die Sache gemacht.

In einer sehr charakteristischen Weise kommt das nächste Ziel dieser ehrlichen und unehrlichen Agenten der „zweiten Revolution“ zum Ausdruck. In der „Erklärung“ von Maslow, Weber und Komp. wird gesagt, daß „die neuen organisatorischen Maßnahmen gegen die verschiedensten Oppositionsführer die KPSU an den Rand der Spaltung gebracht haben“. An derselben Stelle heißt es:

„Die Hetze, die jetzt gegen die Sinowjew usw. entfaltet wird, versteht jeder politisch denkende Arbeiter als den Versuch, die Komintern als revolutionäre Organisation des Weltproletariats zu liquidieren.“

Also, nach dieser Variation ist es die Zentrale der KPSU samt ihren Anhängern, die ihre eigene Partei spalten und die Komintern liquidieren will. Korsch aber, der mit Maslow Hand in Hand arbeitet, fordert auf, „die Losung der Spaltung der Komintern und der Gründung einer neuen, wirklich kommunistischen Internationale zu propagieren“. Und gleichzeitig schreibt er:

„Daraus ergibt sich, wie wir an dieser Stelle schon vor einem Monat erklärt haben, für die jetzt innerhalb der KPSU aufgetretene linke Opposition eine ungeheuer verantwortungsvolle geschichtliche Aufgabe, der sie nicht ausweichen darf, die sie, gestützt und zugleich vorwärtsgetrieben von den Linken in allen außerrussischen Sektionen der Komintern, ohne Zaudern und Schwanken aufnehmen und bis zu Ende durchführen muß.“

„Sie hat die Pflicht, die Aufgaben der gesamten RKP durchzuführen. Ohne sich hindern zu lassen, muß sie bewußt und organisiert daran gehen, auch gegen die Gesamtpartei diese Klassenaufgabe zu erfüllen. Sie darf auch vor der aufgezwungenen Spaltung — wenn die Liquidatoren des Kommunismus ihr Werk mit diesem Verbrechen krönen sollten (?) — nicht zurückschrecken.“

Iwan Katz wieder tritt frank und frei — die Schande geht am Tage bloß — für die „Liquidierung der Komintern“ ein.

Das ist das nächste Ziel dieser politischen Banditen (wenn nur nicht ihre Hände zu kurz wären). Mit diesem Ziel hat Maslow durch die von Urbahns, Weber und Konsortien unterzeichnete „Erklärung“ im Anfang September feierlich „die Initiative zu einer Solidaritätsaktion für die russische Opposition ergriffen“.

Damit die desorganisatorische Wirkung dieser „Aktion“ möglichst viele schwankende Kommunisten erfassen könnte, wurden alle Forderungen in dieser „Erklärung“ (nach dem Musterbeispiel der russischen Opposition) auf eine einzige bescheidene Hauptlosung konzentriert: „Diskussion im breitesten Rahmen.“

Und als Ergänzung wurde gefordert:

„Heraus mit allen von der (russischen) Opposition vorgelegten Resolutionen, Plattformen, Artikeln usw.!“

„... in großen Konferenzen und Mitgliederversammlungen muß diskutiert werden mit Referat und Korreferat. Zu den wichtigsten Konferenzen müssen Vertreter der russischen Opposition als Korreferenten zugelassen werden.“

„Die Diskussion hat erst begonnen!“

„Solidarisiert euch mit uns, solidarisiert euch mit der russischen Opposition!“

Wie man sieht, das Netz war fein gesponnen. Es hat ihnen in der KPD 700 Unterschriften eingebracht. Das war nicht besonders viel. Aber von den deutschen sozialdemokratischen Parteibonzen und den russischen Menschewiki im Auslande wurde dieser „Solidaritätsaktion“ eine um so reichlichere Unterstützung zuteil. Paul Levi erklärte kurz und bündig: „Unsere Stellung ist bei der Opposition“. F. Dan erklärte, daß die „objektiv progressive Rolle“ der russischen Opposition gerade darin besteht, daß als gemeinsame Plattform der verschiedenartigen oppositionellen Elemente nur die Kritik gegen das Parteiregime und den Parteiapparat erscheint. Sogar der alte Fuchs Miljukow hat von Paris aus zustimmend erklärt:

„Das politische Moment des Kampfes — für die Freiheit der Kritik — ist für den gegebenen Moment wichtiger als die Verschiedenheit der sozialen Programme der Opposition.“

Nicht weniger bezeichnend ist die Form, in der sich die „Allgemeine Zeitung“, das Organ der mitteldeutschen Stahlhelmer und das Leibblatt des deutschen Trustkapitals, der von Maslow eingeleiteten „Solidaritätsaktion“ anschloß. Sie schrieb u. a. folgendes:

„Die Opposition verwirft jede Revision des Leninismus, wie sie von Stalin in Moskau gepredigt und von Thälmann in Berlin nachgeplappert wird.“

„Nicht lange mehr werden sich die deutschen Kommunisten von den russischen Abtrünnigen des Kommunismus an der Nase herumführen lassen, denn sie sind keine russischen Analphabeten und Simpels, sondern wissen selber wesentlich klarer, was sie wollen (mag es auch noch so irrig und undurchführbar sein).“

„Sie sind kein bloßes Herdenvieh, mit einem Wort: kein Proletariat.“

Das war der bisherige Erfolg dieser „Solidaritätsaktion für die russische Opposition“.

Man soll aber keineswegs glauben, daß die Hauptdirigenten dieser Aktion, Maslow und Korsch, ruhen werden, oder daß sie etwa nicht wüßten,

was sie tun. Diese Leute stehen schon ganz bewußt auf der andern Seite der Barrikade. Daß sie uns noch „von links“ anzugreifen versuchen, daß Maslow im Namen des „unverfälschten Leninismus“ spricht und Korsch im Namen der „proletarischen Revolution“, das ist einfach Provokation und weiter nichts. Sie haben beide vollkommen die revolutionäre Perspektive verloren. Maslow hat das vor dem bürgerlichen Gericht selbst erklärt und Korsch hat daraus eine ganze Theorie konstruiert. Maslow, der früher sogar für die angebliche ursprüngliche Einleitung des Kampfes gegen den vom fünften Weltkongreß verurteilten Opportunismus Trotzki das Patent verlangte — er spricht gegen den Trotzkiismus kein Sterbenswörtchen mehr. Ebenso wenig gegen das nackte Liquidatorentum von Medwedjew oder Ossowski. Das erscheint ihm nicht mehr als etwas, was man verurteilen soll, sondern als etwas, was man . . . a u s n ü t z e n k a n n.

Und höchst bezeichnend ist, daß Korsch einen förmlichen Wutanfall bekommt, wenn er in der Resolution des ZK der KPD eine Warnung vor der sich nähernden antisowjetistischen Kriegsgefahr liest. Anlässlich dieser Warnung schreit Korsch aus:

Die KPD „bereitet damit ihre aktive Teilnahme, ein neues 1914 vor!“ — den „Kampf gegen die, die gegen Rußland Krieg führen.“!!

Da entlarvt der Kerl sich vollständig als Agent der imperialistischen Kriegspläne gegen die sozialistische Sowjetunion!

Jawohl, so ist es: Die Agenten der „zweiten Revolution“ — sie sind verkappte Agenten der internationalen Konterrevolution.

Sie in dieser, ihrer provokatorischen Rolle vor den Arbeitermassen ganz nackt zu demaskieren, das ist Aufgabe jeder kommunistischen Partei. Man braucht sie nur zu entlarven, dann sind sie schon unschädlich — und werden auch bald ihren Sold bei der Bourgeoisie verlieren.

Jawohl, Herr Korsch und Herr Maslow, Sie hätten nicht vergessen sollen, daß die „zweite Revolution“ in Sowjetrußland schon einige Male versucht wurde, und zwar von Ihren heutigen Bundesgenossen, den russischen Konterrevolutionären. Das war in den Jahren 1918 bis 1920 und 1921. Diese „Aktionen“ endeten jedes Mal mit Schande und Schmerz für ihre Urheber, nicht wahr?

Darnach ist die Sowjetmacht stärker, viel stärker geworden, nicht wahr? Also, Herr Maslow und Herr Korsch, wenn Ihre jetzigen hohen Protektoren, Chamberlain, Pilsudski, Miljukow u. a., sich als blind genug erweisen sollten, noch einmal eine ähnliche „Solidaritätsaktion“ zu unternehmen, so werden wir versuchen, das Abenteuer für sie noch ergiebiger zu machen, sowohl an Schande wie an Schmerz. Das versichern wir allen Ernstes. Bitte dies Ihren hohen Protektoren vertraulich mitzuteilen.

ERCOLI: WIE SOLL DIE STELLUNG DER ITALIENISCHEN KOMMUNISTEN ZUR REFORMISTISCHEN CON- FEDERAZIONE GENERALE DEL LAVORO SEIN?

Das Problem ist kein spezielles. Zwar liegen in Italien Bedingungen vor, die sich von denen der Mehrheit der europäischen Länder einigermaßen unterscheiden; es handelt sich hier aber um ein Problem der allgemeinen Taktik. Es handelt sich darum, zu entscheiden, ob die Kommunisten, die bisher die reformistische Konföderation stets als den Mittelpunkt der Gewerkschaftseinheit des italienischen Proletariats betrachtet haben, diesen Standpunkt angesichts der in den letzten Jahren zustande gekommenen und neuen Lage aufgeben sollen. Das Gesamtproblem könnte folgendermaßen gestellt werden: Bestehen Bedingungen, die uns zwingen, unsere „Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften“ abzuändern, und welches sind diese Bedingungen? Die Ueberprüfung des italienischen Problems wird bloß ein Beitrag zur Klärung dieser allgemeinen Frage sein, dieser Beitrag wird aber nicht ohne jeden Wert sein, wenn es uns gelingt, die italienische Erfahrung auf einen Boden zu bringen, der es ermöglicht, aus ihr allgemeingültige Schlußfolgerungen zu ziehen.

I.

Räumen wir zuerst ein Hindernis aus dem Wege: die faschistischen Korporationen. Es wäre grundfalsch, zu behaupten, daß angesichts des Bestehens einer faschistischen Gewerkschaftsorganisation, die sich für eine Massenorganisation ausgibt, die Kommunisten ihre Taktik gegenüber den Klassengewerkschaften modifizieren müßten, um die Parole herauszugeben: „Alle hinein in die faschistischen Gewerkschaften, um in denselben den Klassenkampf zu führen“. Wären die faschistischen Gewerkschaften tatsächlich, wie sie behaupten, eine Massenorganisation von etwa zwei Millionen Arbeitern, so könnte eine solche radikale Aenderung der Taktik gerechtfertigt werden. Die Wirklichkeit ist aber von den Behauptungen weit entfernt.

In der Entwicklung der faschistischen Gewerkschaften sind zwei Perioden zu unterscheiden. In der ersten Periode hielten sich die Korporationen vorwiegend und besonders im Hinblick auf das Industrieproletariat auf dem Boden der „gewerkschaftlichen Konkurrenz“ mit den Klassengewerkschaften. Sie bedienten sich des Bündnisses mit den Arbeitgebern und der Mittel der Gewalt, um die Arbeiter zu zwingen, in ihre Reihen einzutreten, gleichzeitig aber waren sie darauf bedacht, als gewerkschaftliche Massenorganisationen zu funktionieren. In dieser Periode hat es Bewegungen und sogar Streiks gegeben, die die faschistischen Gewerkschaften anregten, um auf diese Weise zu versuchen, die Klassengewerkschaften auf ihrem eigenen Gebiet zu schlagen. Das Ergebnis war aber eine eklatante Niederlage der

Korporationen. Es ist ihnen nicht nur nicht gelungen, ein spontanes Zuströmen der Arbeiter in ihre Reihen herbeizuführen, sie haben nicht einmal vermocht, die unter Zwang eingetretenen Arbeiter in ihren Reihen festzuhalten. Die von ihnen angeregten Bewegungen von einiger Bedeutung führten zu einer Zersetzung ihrer spärlich organisierten Kräfte und zu einem völligen Verlust jeglicher Autorität bei den Massen, die, wenn auch inmitten einer immer größeren Desorganisation, eng mit den Klassenorganisationen verbunden geblieben sind.

Wenn die statistischen Angaben von faschistischer Seite in bezug auf diese bis Ende 1925 reichende Periode von Massen sprechen, die angeblich den Korporationen angehören, so lügen sie einfach.

In der darauffolgenden Periode hat der Staat, indem er den faschistischen Organisationen das „Gewerkschaftsmonopol“ gab, offiziell eingegriffen, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Der Eingriff des Staates erfolgte zweimal. Ein erstes Mal mit dem Gesetz, das den Klassenorganisationen jede Agitation und überhaupt jede Gewerkschaftstätigkeit verbietet, und gleichzeitig wurde ein Studium der vorzunehmenden Neuregelung des gesamten Gewerkschaftsapparates eingeleitet. Hierbei zeigten sich zwei Tendenzen. Die erste, durch die Führer der faschistischen Organisationen vertreten, war dafür, daß der Staat einen Zwang ausübt, um die Arbeiter zum Beitritt zu den Korporationen zu veranlassen, verlangte aber gleichzeitig für die Korporationen eine gewisse Autonomie. Sie verlangte ferner, daß auch die Organisationen der Industriellen in der Zentrale der faschistischen Korporationen vertreten sein sollen, damit dieses Organ eine Kontrolle über das gesamte Wirtschaftsleben des Landes ausüben kann. Diese Tendenz erlitt eine entscheidende Niederlage. Die Organisationen der Industriellen haben zwar das faschistische Aushängeschild bekommen, blieben aber von den sogenannten Arbeiterorganisationen getrennt, und über beide wurde ein Organ des Staates, das „Ministerium der Korporationen“ gestellt, das mit Hilfe des Staatsapparates eine Kontrolle über Organisation und Funktionieren der Korporationen auf allen Stufen derselben ausübt. Alle Organe der Korporationen sind dieser Kontrolle untergeordnet, so daß es schwer ist, zu behaupten, daß sie etwas anderes sind als Organe des Staates. In den Satzungen der Korporationen selbst werden den Versammlungen keinerlei Rechte zuerkannt. Alle Funktionäre werden von oben eingesetzt, ihre Einsetzung muß „durch königliches Dekret“ bestätigt werden und die Regierung kann sie in jedem Augenblick abberufen. Sie sind nichts anderes als Regierungskommissare, an die Spitze von Organisationen gestellt, deren Mitglieder nicht nur keinen Einfluß auf das Schicksal des Verbandes ausüben, sondern nicht einmal über die Linie desselben, die ausschließlich von Entschließungen der Regierung abhängt, diskutieren können. Wird eine Korporation gebildet und anerkannt, so sind alle Arbeiter dieses Industriezweiges verpflichtet, einen „Gewerkschafts“-Beitrag zu entrichten. Dieser Beitrag wird aber durch die Arbeitgeber nicht in die Kasse der Korporation, sondern in die Staatskasse eingezahlt, die nach Abzug von 10 Prozent die Summe gemäß einem von ihr festgelegten Plan unter die Korporationen verteilt. Das bedeutet also, daß die Gewerkschaftsbeiträge zu einer Steuer werden, die der Staat nach eigenem Ermessen für den Unterhalt eines Netzes von Beamten verwendet. Desgleichen muß, wenn eine Korporation ein Abkommen abschließt, dieses

zuerst einer örtlichen Regierungsbehörde und nachher dem Volkswirtschaftsministerium zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Abkommen werden durch eine Amtsstelle gelöst, die nicht den Charakter eines Schiedsgerichtes, mit Vertretung der Parteien, besitzt, sondern ein Organ des Staates ist. Die gleiche Amtsstelle entscheidet, ob eine Abänderung der Bestimmungen des Abkommens notwendig ist usw.

So hat die faschistische Gesetzgebung nicht nur jede Form der Demokratie innerhalb der faschistischen Gewerkschaften unterdrückt, sie hat auch die faschistischen Gewerkschaften selbst abgeschafft und sie durch einen staatlichen Apparat ersetzt. Von einer Zugehörigkeit von Massen zu diesen Gewerkschaften kann daher nicht mehr gesprochen werden, höchstens so, daß man von einer Zugehörigkeit der Massen zu einem Apparat für Steuererhebung, für Ausübung eines Druckes und einer Polizeikontrolle über die Arbeiter sprechen kann. Unter diesen Verhältnissen hat die Parole: „Masseneintritt in die Korporationen“ keinen Sinn. Der Kampf gegen die Korporationen bedeutet den Kampf gegen den faschistischen Staat.

II.

Wenden wir uns jetzt den Klassengewerkschaften zu. Diese sind gesetzlich nicht anerkannt. Sie können daher in legaler Form „keinerlei gewerkschaftliche Tätigkeit“ entfalten. Sie können legal keine Bewegungen führen, keine Abkommen mit den Arbeitgebern erörtern und vorlegen usw. usw. Sie können indessen fortfahren, als „faktische Organisationen“ zu bestehen, und es stehen ihnen die Wege der Agitation und Organisierung der Massen in illegaler und halblegaler Form offen. Das aber sind Wege, die die reformistischen Führer nicht betreten wollen. Sie fügen sich willig in die durch die faschistische Gesetzgebung für die *Confederazione del Lavoro* und für die Arbeiter geschaffene Lage; ja noch mehr, aus Furcht, daß die Arbeiter von unten her einen Druck auf sie ausüben könnten, um sie zum Aufgeben dieser Feigheit und Liebedienerei gegenüber dem Faschismus zu veranlassen, sind sie in den beiden letzten Jahren dazu übergegangen, auch innerhalb der Klassengewerkschaften jede Form der Demokratie und die Kontrolle der Massen über ihre Führer zu vernichten. Es ist daher ein doppelter Unterdrückungsapparat, der auf dem italienischen Proletariat lastet und es hindert, seine Kräfte zu reorganisieren und eine Bewegung einzuleiten.

Infolgedessen befindet sich das italienische Proletariat zur Zeit in Bedingungen der Desorganisation, wie vielleicht kein anderes Proletariat in den europäischen Ländern. Die zahlenmäßige Stärke der Klassenorganisationen ist auf ein Minimum zurückgegangen, auf eine Zahl, die, verglichen mit der Masse der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, verschwindend gering ist.

Das Problem ist also: Kann diese Klassenorganisation, die in ihren Reihen etwa ein Prozent der italienischen Proletarier umfaßt und in der außerdem jede Demokratie abgeschafft und durch die unkontrollierbare Macht eines Häufleins von Feinden der Arbeiterklasse und Verrätern ihrer Interessen ersetzt wurde, von uns noch immer als „Mittelpunkt der Gewerkschafts-

einheit“ des italienischen Proletariats bezeichnet werden? Können wir eine Verteidigung dieser Organisationen mit der Ueberzeugung übernehmen, daß wir damit ein für die Arbeiter Italiens und für die Entwicklung der revolutionären Bewegung unseres Landes nützlich Werk tun?

Die Frage der Notwendigkeit, in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten, wurde durch Lenin in den „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ gestellt und in bejahendem Sinne beantwortet.

Aber beantwortete denn Lenin diese Frage nicht, davon ausgehend, daß wir überall eindringen und arbeiten müssen, wo sich Massen befinden? Wenn nun aber in der italienischen Confederazione del Lavoro keine Massen mehr sind, warum sollen wir uns darauf versteifen, sie zu verteidigen, warum sollen wir unsere Genossen und die unter unserem Einflusse stehenden Arbeiter in sie eintreten lassen, warum sollen wir uns die Mühe geben, dieser von der Geschichte schon zertrümmerten und auf den Müllhaufen geworfenen Organisation neues Leben einzuflößen? Wer wird uns, wenn wir dieser Erkenntnis entsprechend handeln, der Spaltung beschuldigen können? Man ist Spalter, wenn man eine Organisation spaltet, die einer Masse von Arbeitern Einheit, Geschlossenheit und Selbstbewußtsein verleiht. Hier gibt es aber keine Massen mehr und kein Klassenbewußtsein: es ist daher nichts da, was gespalten werden könnte.

Diese Argumentation kann im ersten Augenblick gerechtfertigt scheinen, sie leidet aber an demselben Fehler, den Lenin in seiner Polemik gegen die Kinderkrankheiten des Kommunismus bekämpft hat: Massenorganisationen des Proletariats werden in abstrakter Weise beurteilt, getrennt von dem historischen und realen Prozeß, in dessen Verlauf sie sich gebildet und die Massen sich ihnen angeschlossen haben. Woran übte Lenin so lebhaft Kritik, als er die Absichten der linken Kommunisten, den traditionellen reformistischen und reaktionären Gewerkschaften andere, „vollständig neue, gesonderte, von den bürgerlich-demokratischen Sünden freie“ Organisationen entgegenzustellen, verspottete? Seine Kritik galt der Politik, die zu einer Lostrennung von den Massen führt. Diese Politik ist aber die unmittelbare Folge der Neigung, die Sammlung der großen Massen um die Gewerkschaften als einen Vorgang zu betrachten, der auf einmal, einfach durch die Initiative eines Vortrupps, herbeigeführt werden kann. Der grundlegende Gedanke Lenins ist, daß die Gewerkschaften sich nicht im Wege eines mechanischen und willkürlichen Prozesses bilden und entwickeln, sondern in einem realen Prozeß, dessen Ergebnisse von jedem, der eine tiefgreifende Aenderung in ihnen herbeiführen will, als Ausgangspunkt anerkannt und angenommen werden müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß für einen ungedulden Vortrupp die Ergebnisse dieses Prozesses, d. h. die traditionelle Bande, die die Massen mit ihren alten Gewerkschaften verknüpfen, als ein Hindernis erscheinen können; die Aufgabe des Vortrupps ist es aber nicht, allein das Hindernis zu überspringen, sondern die Mehrheit der Arbeiterklasse über dasselbe hinwegzubringen. Das aber kann, wenn die Masse nicht durch eine revolutionäre Welle mit unwiderstehlicher Macht dazu getrieben wird, uns zu folgen, nur erreicht werden, wenn wir bereit sind, auf dem Boden zu arbeiten, der durch die gesamte bisherige Entwicklung der Arbeiterbewegung geschaffen worden ist.

Für den, der sich diesen Gesichtspunkt zu eigen macht, ist eine Rechtfertigung des Verlassens und der Spaltung der italienischen Klassengewerkschaften, selbst in der Form der Bildung einer neuen revolutionären Gewerkschaftsorganisation, mit der Tatsache ihrer gegenwärtigen äußersten Zusammenschumpfung nicht bloß ein Fehler, sondern heller Wahnsinn. Wir müssen uns nicht nur fragen, in welcher Weise die Massen sich bewegen, sondern auch, wie die Lage ist, in der sie sich zu bewegen gezwungen sind. Wir dürfen nicht bloß sagen, daß nur ein Prozent der italienischen Proletarier in der Confederazione del Lavoro sind, sondern wir müssen anerkennen, daß dies deshalb der Fall ist, weil vor den Toren der Konföderation die faschistischen Bajonette stehen, weil der Beitritt zur Konföderation bedeutet, daß man seinen Namen der Polizei und den Trupps der Schwarzhemden bekannt gibt, und schließlich, weil die eigenen Führer bemüht sind, die Massen von der Organisation fernzuhalten. Wir dürfen nicht nur fragen, wo die Massen sind, sondern auch, wohin sie gehen würden, wenn sie frei wären. Und die Antwort, die sich aus einer Prüfung des Einflusses der verschiedenen wirklichen und angeblichen Arbeiterparteien auf die Arbeiterklasse und aus der Prüfung der Ergebnisse der durch die Kommunistische Partei betriebenen Einheitsaktion ergibt, kann nicht anders lauten, als: Wären die Massen heute frei, so würden sie wieder in die Confederazione del Lavoro, an deren Spitze heute Reformisten stehen, eintreten. Das bedeutet, daß diese Organisation die Hoffnungen, die die italienische Arbeiterklasse in den 30 Jahren ihrer Geschichte gehegt hat, verkörpert, und daß diese Hoffnungen mit dem gegenwärtigen Klassenbewußtsein des italienischen Proletariats gleichbedeutend sind. Können nun wir, der revolutionäre Vortrupp, dieses Bewußtsein verleugnen und uns gegen die grundlegenden Formen, in denen es sich offenbart, wenden? Wir können das nicht tun, weil dies bedeuten würde, daß wir einen Abgrund zwischen den Massen und uns schaffen und es für uns unmöglich machen, in der Zukunft irgendwelchen Einfluß auf die Bewegung auszuüben. Solange der Feind erbittert die Klassengewerkschaften bekämpft, lautet unsere Parole: „Verteidigung der Klassengewerkschaften“. Diese Parole wandelt sich aber in die andere: „Verteidigung der Confederazione del Lavoro“, da die Konföderation die konkrete Form ist, in der die Klassengewerkschaften vor das Proletariat treten.

In dieser Anhänglichkeit gegenüber der traditionellen Organisation ist aber auch ein negatives Element, ein Geist des Konservatismus und der Passivität enthalten, der die Massen hindert, die verräterische und feige Politik der reformistischen Führer zu bekämpfen. Gegen dieses Element müssen wir mit allen Kräften ankämpfen; wir müssen die Klassenorganisation, die Confederazione del Lavoro, nicht nur gegen die Faschisten, sondern auch gegen ihre gegenwärtigen Führer, die praktisch mit den Faschisten zusammenarbeiten, um ihren Untergang herbeizuführen, verteidigen. Wir müssen die Massen gegen sie führen, um die Konföderation für den Klassenkampf und den revolutionären Geist zurückzuerobern. Es ist dies ein langer und mühevoller, aber ergebnisreicher Kampf, der uns vor das Problem der Eroberung und revolutionären Mobilisierung der Massen in seiner ganzen Kompliziertheit stellt und uns seine Lösung bringen wird. Gegenüber diesem Problem erscheint die Absicht, in der durch den faschi-

stischen Orkan geschaffenen Wüste einen, ich weiß nicht welchen Plan von „neuen, gesäuberten, von allen bürgerlich-demokratischen Sünden freien“ Organisationen auszuarbeiten, wahrlich als Kindergestammel.

III.

Das Problem hat aber auch eine dritte Seite. Können die Kommunisten in einem Moment, wo die Desorganisation der Massen so tiefgreifend ist, wo die Kaders der Klassengewerkschaften so eng und der Bereich ihrer Tätigkeit und ihres unmittelbaren Einflusses so beschränkt ist, sich auf die Arbeit in den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen beschränken? Würden sie es tun, so würden sie damit einen noch viel ernsteren Fehler begehen, als es das Verlassen der Confederazione del Lavoro wäre. Geblendet durch einen solchen Formalismus, würden sie bloß eine der Aufgabe sehen, die des Vortrupps der Arbeiterklasse harren, und ihre Taktik wäre infolgedessen einseitig und falsch. Die Doktrin des Marxismus und Leninismus und die darausfolgende Politik hat stets zwei Seiten. Sie enthält die Forderung nach Kontakt mit den Massen, die Forderung, die im Laufe der tatsächlichen Entwicklung der Arbeiterbewegung angehäuften Erfahrungen zu wahren; gleichzeitig enthält sie aber auch die Forderung, die Massen vorwärts zu treiben, innerhalb derselben als ein Ferment zu wirken, sie mit uns auf höhere Stellungen und Stufen des Klassenbewußtseins zu bringen. Dieses Element würde in der Gewerkschaftsarbeit der italienischen Kommunisten fehlen, wenn sie es nicht verstehen würden, die Tätigkeit, die sie in den reformistischen Gewerkschaften entfalten, mit einer breiteren Tätigkeit unter den breiten Massen zu verknüpfen, um unter denselben neue organische Bande zu schaffen und sie auf allen möglichen Wegen an die Front des organisierten Klassenkampfes zu bringen. Neben der Verteidigung und Eroberung der Gewerkschaften ist daher eine Arbeit in den Betrieben, die Schaffung von Arbeiterkomitees in denselben, die Mobilisierung der gesamten Betriebsbelegschaften um die Arbeiterkomitees, die Schaffung enger Bande zwischen Betrieb und Betrieb, zwischen Stadt und Stadt, zwischen Region und Region durch die Einberufung von Betriebskonferenzen aus gewählten Vertretern der Belegschaften notwendig, und besonders die intensivsten Bemühungen, durch diese Tätigkeit dem Proletariat die Fähigkeit und den Willen zum Kampf wieder zu verleihen und die Wege der „Gewerkschaftsarbeit“, der Agitation und des Kampfes für die dringendsten Forderungen der Arbeiter von neuem zu eröffnen.

Die Kommunistische Partei Italiens hat diesen Weg betreten. Es ist ihr gelungen, in den Betrieben aller Industriezentren Arbeiterkomitees ins Leben zu rufen; die Komitees der verschiedenen Betriebe haben die gegenseitige Verbindung gefunden in einer Reihe von Betriebskonferenzen, die in verschiedenen Orten stattgefunden haben und die an jedem Orte periodisch wiederholt werden sollen. Das auf der Konferenz des größten Industriezentrums, Milano, ins Leben gerufene Komitee hat bereits auf das ganze Land sich erstreckende Bewegungen geleitet und wird in naher Zukunft an die Einberufung einer Landes-Arbeiterkonferenz schreiten. Die Ergebnisse waren zweifellos günstig, eine Analyse derselben bestätigt aber restlos die Richtigkeit der Ablehnung jedes offenen oder verhüllten Spaltungsstand-

punktes in bezug auf die reformistischen Gewerkschaften durch die Partei. Die parteilosen und die anderen Parteien angehörenden Arbeiter scharen sich um uns, weil unsere Tätigkeit eine ihrer grundlegenden Bestrebungen befriedigt. Sie fühlen, daß wir die Arbeiter in der Aktion zusammenfassen wollen, und sie fühlen demgemäß, daß unser erbitterter Kampf gegen die reformistischen Führer selbst den Zweck hat, in einer von den Verrätern befreiten Konföderation eine umfassende und machtvolle Einheit der Klassenkräfte herbeizuführen. An dem Tage, wo dieser Faktor in Wegfall käme, würden sie uns allein lassen und in Untätigkeit und Pessimismus verfallen.

Die italienischen Kommunisten müssen die bisherige Taktik nach wie vor befolgen. Sie müssen die unmittelbar unter den Massen entfaltete Tätigkeit immer intensiver und systematischer gestalten, und müssen die organisatorischen Bande, die diese Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse schafft, immer mehr stärken. Das ist eine unumgängliche Voraussetzung sowohl für die Herbeiführung einer Bewegung der Massen als auch dafür, daß diese bei der Wiedererstehung der Bewegung nicht unmerklich wieder unter den Einfluß der reformistischen Führer geraten. Eine zweite unumgängliche Voraussetzung ist aber, daß die italienischen Kommunisten, wie sie es bisher getan haben, und wie sie zu handeln auch gegenwärtig gewillt sind, energisch jeden Versuch ablehnen, diese ihre Tätigkeit von dem Kampfe für Verteidigung der Gewerkschaften, d. h. für Verteidigung und Eroberung der Confederazione Generale del Lavoro zu trennen. Ein Nachgeben gegenüber den Versuchungen des auf eine Spaltung hinwirkenden Infantilismus könnte uns den Verlust der Rolle eines Führers des italienischen Proletariats kosten, die sich die Partei durch ihre Tätigkeit unter den Massen erobert hat.

E. VARGA :

DER ÜBERIMPERIALISMUS UND DAS GESETZ DER UNGLEICHMÄSSIGEN ENT- WICKLUNG DES KAPITALISMUS

Die Bildung der internationalen Kartelle, die englisch-deutsch-französische Vereinbarung von Locarno, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, haben der Ideologie des Ueberimperialismus in der Sozialdemokratie einen neuen Nährboden gegeben. Die Theorie der Opportunisten über die Möglichkeit eines friedlichen Kapitalismus im gegenwärtigen Stadium des Imperialismus, d. h. die Möglichkeit einer organisierten Ausgleichung der Gegensätze zwischen den einzelnen „staatskapitalistischen Trusts“, kann in den Augen der Arbeiter einen Anschein der Wahrscheinlichkeit gewinnen. Obwohl die pazifistischen Phrasen des Völkerbunds tagtäglich durch die gewaltig fortschreitenden Rüstungen Lügen gestraft werden, ist es, glaube ich, doch notwendig, dieser Ideologie in erhöhtem Maße theoretisch und propagandistisch entgegenzutreten. Die Grundlage zu diesem Kampfe ist

gegeben in dem Buche Lenins über den Imperialismus. Einer der Hauptgedankengänge dieses Buches ist es eben, daß Kriege in der Periode des Imperialismus unvermeidlich sind*.

Die Unvermeidlichkeit der Kriege in der gegenwärtigen Periode begründet Lenin durch den Zwang der einzelnen „nationalen Bourgeoisien“ bzw. „staatskapitalistischen Trusts“, sich immer größere Gebiete zur monopolistischen Ausbeutung zu unterwerfen. Die Erde wurde zwar bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts unter den imperialistischen Mächten aufgeteilt. Aber diese Aufteilung ist keine endgültige.

„ . . . Das Charakteristische der betreffenden Periode ist die endgültige Aufteilung der Erde; endgültig nicht etwa in dem Sinne, daß eine Neuverteilung unmöglich wäre — im Gegenteil, Neuverteilungen sind möglich und unvermeidlich — sondern in dem Sinne, daß die Kolonialpolitik der kapitalistischen Länder die Inbesitznahme unerschlossener Länder auf unserem Planeten beendet hat. Die Welt erwies sich zum erstenmal als aufgeteilt, so daß in der Folge nur noch ihre Neuverteilung in Frage kommt, das heißt, der Uebergang von einem „Besitzer“ auf den anderen, nicht aber die „Inbesitznahme“ herrenlosen Landes**.“

Die Verteilung bzw. die Neuverteilung der Welt geschieht nach dem Grundsatz der Machtverhältnisse.

„Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um überhaupt Profite herauszuschlagen zu können: dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen — eine andere Teilungsmethode kann es ja im System der Warenproduktion und des Kapitalismus auch nicht geben***.“

Die Theorie des Ueberimperialismus geht von einer endgültigen, in internationalen Verträgen festgelegten Fixierung der Machtverhältnisse aus. Der Völkerbund soll als Instrument dieser internationalen Machtregelung dienen und dadurch imperialistische Kriege überflüssig machen. Dieser Möglichkeit gegenüber stellt Lenin das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus auf, infolgedessen sich die Machtverhältnisse ändern müssen und, da die Verteilung der Welt im Kapitalismus nur nach den Machtverhältnissen vor sich gehen kann, Versuche zu einer Neuverteilung und daher imperialistische Kriege unvermeidlich sind.

„Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich†.“

Diese Formulierung wiederholt und begründet Lenin einige Male, ohne aber eine Darstellung des ökonomischen Wirkens dieses Gesetzes — soweit uns bekannt ist — zu entwickeln. Die bisherige Geschichte des Kapitalismus zeigt tatsächlich, daß die Entwicklung in einer derartigen

* „ . . . Diese Ergebnisse zeigen, daß bei Fortbestand dieser wirtschaftlichen Grundlage, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln bestehen bleibt, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.“ S. 10 der deutschen Ausgabe, Marxistische Bibliothek, Band 1.

** S. 69.

*** S. 67.

† S. 56.

ungleichmäßigen Weise vor sich gegangen ist. Aber die Verfechter des Ueberimperialismus könnten die These aufstellen, daß eben die internationale Organisation des Kapitalismus — wirtschaftlich durch die Schaffung internationaler Kartelle, politisch durch das System des Völkerbundes — auch die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung, damit die Grundlage der Machtverschiebungen und die Notwendigkeit der Kriege zum Zwecke der Neuverteilung der Erde ausschalten wird. Um diesem Einwurf zu begegnen, erscheint es wünschenswert, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im Kapitalismus nicht nur, wie es oft geschieht, bloß empirisch-historisch zu konstatieren, sondern auch die Ursachen dieses Gesetzes und inwiefern dieselben auch in Zukunft wirksam sein werden, durch Zusammenfassung der Lenin'schen Hinweise systematischer zu entwickeln.

Im „Imperialismus“ von Lenin finden wir an einigen Stellen Hinweise auf eine ökonomische Begründung dieses Gesetzes. Dieselben gehen von dem Gedankengang aus, daß die Entwicklung des Kapitalismus in jungen Ländern, d. h. in Gebieten, die neu für die kapitalistische Produktionsweise erschlossen werden, immer ein rascheres Tempo zeigt als in Ländern, die seit langer Zeit kapitalistisch sind und daher bereits die Zersetzungstendenzen, die mit der Entstehung eines Rentnertums einerseits, einer „verbürgerlichten“ Arbeiteraristokratie andererseits verbunden sind, aufweisen.

„So stark auch in den letzten Jahrzehnten die Nivellierung der Welt, der Ausgleich der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern unter dem Druck der Großindustrie, des Austausches und des Finanzkapitals vor sich gegangen sein mag, ein beträchtlicher Unterschied bleibt dennoch bestehen, und unter den genannten sechs Ländern finden wir einerseits junge, ungewöhnlich rasch fortschreitende kapitalistische Länder (Amerika, Deutschland, Japan), andererseits Länder alter kapitalistischer Entwicklung, die in der letzten Zeit viel langsamer progressierten als die ersteren (England und Frankreich)*.“

An anderer Stelle gibt er die besonderen Verhältnisse in den rückständigen Ländern als Ursache einer rascheren Entwicklung an.

„In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich sehr hoch; denn es gibt da wenig Kapital; Grund und Boden sind verhältnismäßig billig, die Löhne niedrig und die Rohstoffe wohlfeil**.“

Sicherlich ist das Alter bzw. die Jugend der kapitalistischen Entwicklung in einem Lande eine wichtige Ursache der Verschiedenheit des Tempos der kapitalistischen Entwicklung und damit von Verschiebungen in den Machtverhältnissen der einzelnen kapitalistischen Länder. Wir glauben aber, daß außer diesem wichtigen Faktor des Zeitverlaufs der kapitalistischen Entwicklung auch Differenzen im Entwicklungstempo zwischen Staaten entstehen können, deren kapitalistische Entwicklung von gleichem Alter und in einem gegebenen Moment von gleicher Höhe ist. Dadurch wird die Berufung der Theoretiker des Ueberimperialismus darauf, daß die entscheidenden imperialistischen Länder, im Völkerbund vereinigt, ökonomisch durch internationale Kartelle verbunden, die Entwicklung der jüngeren kapitalistischen Länder in ein gleichmäßiges Tempo hineinzwingen und

* S. 73.

** S. 57.

dadurch sprunghafte Machtverschiebungen ausschalten könnten, total entwertet. Wir glauben daher, daß es nützlich sein wird, weitere ökonomische Momente, über das verschiedene Alter der einzelnen kapitalistischen Länder hinaus, zur Begründung der ungleichmäßigen Entwicklung anzuführen.

Eine rein ökonomische Begründung des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ist im Kapital von Marx nicht gegeben. Marx nimmt die Totalität der Erscheinungen zum Ausgangspunkt. Er geht in seiner ökonomischen Theorie des Kapitalismus von der Voraussetzung aus, daß es einen einheitlichen Weltkapitalismus gibt. Die durch die Verschiedenheit der nationalen Kapitalismen bedingten besonderen Momente würden in Marx'schen System in die Lehre von der Konkurrenz gehören, die Marx bekanntlich nicht mehr ausarbeiten konnte. Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung bedeutet — einen kapitalistischen Weltmarkt vorausgesetzt — daß einzelne Unternehmungen bzw. einzelne Länder aus irgendwelchen Gründen billiger als ihre Konkurrenten produzieren können und daher eine raschere ökonomische Entwicklung nehmen. Wir wollen in folgendem nur über die Faktoren einer billigeren Produktion im nationalen Maßstabe, nicht über die Faktoren in der Konkurrenz einzelner gleichartiger Unternehmungen sprechen.

Wenn wir die Konkurrenzverhältnisse im nationalen Maßstab betrachten und wenn wir voraussetzen, daß in den konkurrierenden Ländern in einem gegebenen Moment in den einzelnen Industriezweigen mit der gleichen Technik gearbeitet wird (eine Voraussetzung, die natürlich nur bedingt richtig ist, da die Technik in fortwährender Umwälzung begriffen ist), so lassen sich die Produktionskosten in der eigentlichen Industrie — den Verschleiß des fixen Kapitals als gleich groß ausschaltend — auf zwei grundlegende Faktoren von wechselnder Höhe reduzieren: Lohnkosten und Rohstoffkosten*. Unter Lohnkosten verstehen wir nicht die Höhe des Arbeitslohnes, sondern die auf die Einheit des Produktes fallenden Lohnauslagen. Die Rohstoffkosten variieren — gleichen Lohn für gleiche Arbeitskraftausgabe bei gleicher Technik vorausgesetzt — je nach den Naturverhältnissen. Bei Mineralien nach der Dicke der Flöze, der Tiefe der Gruben usw. In der Landwirtschaft nach dem Klima, der natürlichen Furchtbarkeit des Bodens usw. In den Rohstoffkosten sind die Transportkosten mit hinein zu verstehen: Ein Rohstoff, der je nach dem Standort des Betriebes in unverarbeiteter oder verarbeiteter Form höherer Transportkosten bedarf, um zum Konsumenten zu gelangen, bedeutet in diesem Zusammenhang einen ökonomisch teureren Rohstoff.

Was die Frage der Lohnkosten anbelangt, so sind dieselben in den Ländern mit beginnender kapitalistischer Entwicklung im allgemeinen niedriger. Der Wert der Arbeitskraft ist hier infolge der historisch gegebenen niedrigeren Lebenshaltung der Arbeiterschaft geringer. Da dies aber mit der Jugend des kapitalistischen Systems aufs engste zusammen-

* Diese Frage wurde eingehend von M. Weber in seinem Buch: „Ueber den Standort der Industrien“ untersucht. Es ist dies eins der wenigen wertvollen Bücher der bürgerlichen Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte. Tübingen: J. C. Mohr.

hängt, bedarf es hier keiner besonderen Erörterung, wohl aber die Frage der Rohstoffkosten.

Lenin hat mit dem größten Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Bestreben der imperialistischen Länder darauf gerichtet ist, sich das Monopol über wichtige Rohstoffe zu verschaffen. Nun ist aber für die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus entscheidend, daß mit der Aenderung der Technik abwechselnd verschiedene Rohstoffe eine ausschlaggebende Bedeutung im Wirtschaftsleben erlangen. Dies bedeutet, auf das Gebiet der internationalen Konkurrenz übertragen: mit der Aenderung der Technik können dieselben oder neue Bedürfnisse des Weltmarktes mit der Verwendung neuer Rohstoffe billiger befriedigt werden. Dadurch wechselt die Bedeutung der verschiedenen Rohstoffe und damit auch der ökonomische Wert des Monopols an gewissen Rohstoffen. Ein Rohstoff, der bei einer gewissen Technik ein ökonomisch wertloser Stoff war, wird bei einer neuen Technik zur Grundlage einer billigen Produktion, erhält dadurch besonderen Wert. Dies bedeutet, daß selbst bei der völlig irrealen Voraussetzung, daß die Welt in einem Moment von einer kleinen Gruppe ganz gleichmäßig entwickelter imperialistischer Staaten beherrscht sein würde, sich auch — abgesehen von der Jugend bzw. dem Alter der kapitalistischen Entwicklung — mit dem Fortschreiten der Technik, je nach dem zufälligen Vorhandensein von Rohstoffen auf dem Gebiet dieser Länder, eine Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit der Entwicklung ergeben muß.

Tatsächlich sehen wir auch in der allerjüngsten Zeit, wie mit Aenderungen in der Technik sprunghafte Aenderungen in der ökonomischen Entwicklung einzelner Länder eintreten. Die sprunghafte Entwicklung der Industrie Nord-Italiens ist auf die technische Errungenschaft der Fernleitung von elektrischem Hochspannungsstrom gegründet, ohne die die Ausnutzung der Wasserkräfte (die in diesem Sinn auch ein Rohstoff sind, da sie Brennstoff ersetzen) unmöglich gewesen wäre. Das Verfahren der Verflüssigung der Braunkohle, das jetzt in Deutschland an der Tagesordnung ist, kann dazu führen, daß der Besitz an Braunkohlelagern, bisher ein zweitklassiger Ersatz für Steinkohle, zur Grundlage einer neuen sprunghaften Entwicklung des Kapitalismus in Ländern mit großen Braunkohle-Vorkommen führt. Die Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus und die Sprunghaftigkeit innerhalb derselben läßt sich, neben der Verschiedenheit der Tempoentwicklung je nach dem Alter der einzelnen kapitalistischen Länder, zum großen Teil durch diesen Zusammenhang zwischen Technik und Rohstoffen erklären. Durch eine neue Technik lassen sich bei der Verwendung eines neuen Rohstoffes Bedürfnisse billiger befriedigen als mit der früheren Technik: Der Besitz der neuen Rohstoffe wird im internationalen Konkurrenzkampf der staatskapitalistischen Trusts zu einem wichtigen Faktor und führt zu einer sprunghaften Verschiebung der ökonomischen Machtverhältnisse der einzelnen staatskapitalistischen Trusts. Daher ist das Gesetz der ungleichmäßigen sprunghaften Entwicklung im Kapitalismus nicht ein historischer Zufall, gilt nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft und kann als ein wesentliches, wohl begründetes Gesetz der kapitalistischen Produk-

tionsweise betrachtet werden, das solange Gültigkeit hat, als ein technischer Fortschritt überhaupt im Gange ist.

Die verschiedene Wichtigkeit der Rohstoffe, je nach der Entwicklung der Technik, wurde bereits von Lenin im „Imperialismus“ berührt.

„ . . . Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch eventuell noch zu erschließende, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit rasender Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Methoden gefunden . . . werden. Dasselbe läßt sich über Erschürfung von Mineralschätzen, über neue Methoden der Bearbeitung und Nutzbarmachung dieser oder jener Rohmaterialien usw. sagen. Daher das unvermeidliche Bestreben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsterritoriums, ja sogar des Territoriums schlechthin. . . Das Finanzkapital ist im allgemeinen bestrebt, möglichst viele Länder an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, nur auf eventuelle Rohstoffquellen ausgehend, aus Angst, bei dem tollen Kampf um die letzten Brocken der unverteilten Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen*.“

Wir glauben, daß es in der gegenwärtigen Zeit der Renaissance der Ideologie des Überimperialismus notwendig ist, die von Lenin in das Zentrum seiner Darstellung des Imperialismus gestellte These von der Unvermeidlichkeit der imperialistischen Kriege von allen Seiten ökonomisch zu beleuchten und propagandistisch der Theorie des Ueberimperialismus entgegenzustellen.

F Ü H R E R I N O P P O S I T I O N

Sämtliche früheren oppositionellen Gruppierungen in der KPSU, die seinerzeit unterlagen, haben sich augenblicklich zu einem Oppositionsblock unter der Führung einer Reihe alter Führer — der Genossen Trotzki, Sinowjew, Kamenew usw. — zusammengeschlossen. Gewissermaßen als artilleristische Vorbereitung zur bevorstehenden Parteikonferenz haben sie einen Vorstoß gegen die Parteiorganisation unternommen, sind haufenweise in den Zellenversammlungen erschienen und haben dort versucht, gewaltsam eine Diskussion zu entfachen, ungeachtet dessen, daß der Parteitag und das Zentralkomitee der Partei jeden Versuch, die Partei durch eine Diskussion über die längst durchdiskutierten, durch die Beschlüsse des 14. Parteitages und des Plenums des ZK bereits erledigten Fragen zu erschüttern, entschieden verurteilt haben.

Die Arbeitermassen der Partei verhielten sich dieser groben Verletzung der Parteidisziplin gegenüber äußerst feindselig und ablehnend. Aber bei einigen schwankenden Intellektuellengruppen löste diese Wendung der Dinge doch Verwirrung aus. Hie und da konnte man hören: „Wie konnte es dazu kommen, daß die „Blüte“ der Parteiintelligenz, ja fast die meisten alten Führer, in Opposition gerieten, und wie ist es möglich, Genossen, die der Partei über ihre Krankheiten die Augen öffnen wollen, das Wort zu verbieten?“

* S. 75.

Die offenen Feinde der Partei ihrerseits legten eine unverhüllte Schadenfreude an den Tag und triumphierten: Das Rückgrat der Partei sei geborsten, das sei der Anfang vom Ende.

Die schwankenden Intellektuellelemente in der KPSU konnten aber nur deshalb in Verwirrung geraten und die offenen Feinde der Partei konnten nur deshalb triumphieren, weil sie schlecht vertraut sind mit der Geschichte der bolschewistischen Partei, weil sie den spezifischen Charakter dieser Partei sowie die ihr eigenen Kampfbedingungen nicht begreifen und weil sie außerstande sind, sich Rechenschaft abzulegen von der Evolution, die die Partei durchgemacht hat.

Schon an der Wiege der bolschewistischen Partei, als sie noch im Entstehen begriffen war, war ein heißer Kampf um die Frage der „Freiheit der Kritik“ entbrannt — eine Formel, hinter der sich die Forderung der Freiheit fraktioneller Gruppierungen in der Partei verbarg. In seinem Buch „Was tun?“ schrieb Genosse Lenin aus diesem Anlaß:

... Das jetzt übliche lärmende Geschrei: „Es lebe die Freiheit der Kritik!“ erinnert allzusehr an die Fabel vom leeren Faß.

„Wir marschieren als kleine Gruppe, uns fest an den Händen haltend, auf steilem und abgründigem Wege. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast immer unter ihrem Feuer marschieren. Wir haben uns nach freigeßtem Beschluß vereinigt, namentlich um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an lästerten, dafür, daß wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den Weg des Kampfes anstatt den Weg der Versöhnung gewählt haben. Nun beginnen manche von uns zu rufen: Kommt in diesen Sumpf! — Wenn man sie eines besseren belehrt, erwidern sie: Was seid ihr doch für rückständige Menschen! Ihr schämt euch nicht, uns die Freiheit abzusprechen, euch auf einen besseren Weg zu rufen! — O ja, ihr Herren, ihr seid frei, zu rufen, sogar zu gehen, wohin ihr wollt, selbst in den Sumpf; wir finden sogar, daß euer wahrer Platz gerade im Sumpfe ist. Wir sind bereit, euch sogar zu helfen, dahin überzusiedeln. Aber laßt unsere Hände in Ruhe, klammert euch an uns nicht und besudelt nicht das große Wort „Freiheit“, denn wir sind ja ebenfalls „frei“, dahin zu gehen, wohin wir wollen, frei, nicht nur gegen den Sumpf anzukämpfen, sondern auch gegen jene, die zum Sumpf umkehren!“*

In diesen ausgezeichneten und bemerkenswerten Zeilen hat Lenin bereits 1902 in gedrängter Form die spezifischen Bedingungen des Kampfes unserer Partei und die daraus sich ergebende innerparteiliche Politik gekennzeichnet. Die bolschewistische Partei war die erste und einzige Partei in der sozialistischen Internationale, die sich unmittelbar die Aufgabe der Eroberung der Staatsgewalt durch die unter der Hegemonie des Proletariats zu vollziehende Revolution stellte. Das erklärt denn auch die ungeheuren Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hatte, Schwierigkeiten, von denen sich andere Parteien der II. Internationale kaum etwas träumen ließen. Diese Parteien marschierten im Gleichschritt auf glatten Wegen dahin, während die bolschewistische Partei einen steilen Aufstieg zu vollbringen und wiederholt rasche und gefährvolle Wendungen vorzunehmen hatte, die bei manchem Parteiführer unvermeidlich Schwindelanfälle hervorrufen mußten. Und da die Partei von kleinbürgerlichen Elementen umgeben war, so brauchte der Führer nur einen falschen Schritt nach rechts oder nach links zu tun oder auch nur für einen Augenblick das Gleichgewicht zu verlieren, um in den Sumpf des

* Aus „Was tun?“ Abgedruckt in „Lenin, Ausgewählte Werke“, Seite 36. Verlag für Literatur und Politik. Wien/Berlin 1925.

Opportunismus abzustürzen. Darum forderte Lenin von der Partei eine eiserne Disziplin und bekämpfte aufs rücksichtsloseste die geringsten Schwankungen, ohne Rücksicht darauf, welche Parteiverdienste der einzelne, bei dem sich solche Schwankungen einstellten, aufzuweisen hatte.

Seit der Entstehung der bolschewistischen Partei und bis in die letzten Tage seines Lebens hat Genosse Lenin an die Parteigenossen sehr strenge Anforderungen gestellt, und er hat sich mit der größten Leidenschaft gegen alle Schwankungen und Abweichungen gewandt, auch wenn sie von Leuten ausgingen, die gestern noch die angesehenste Stellung in der Partei einnahmen, selbst wenn sie gestern noch zu seinen besten Mitkämpfern zählten. Dadurch erklären sich die häufigen Krisen der Führung in der bolschewistischen Partei, die die sozialdemokratischen Spießer auf den zänkischen Charakter Lenins zurückführten.

Als es 1903 über die Auslegung des § 1 des Parteistatuts zwischen Lenin einerseits und Plechanow und Martow andererseits zum Bruch kam, und die Frage zur Entscheidung stand, ob jedes Parteimitglied der Organisation anzugehören und sich ihrer Disziplin zu unterwerfen habe, oder ob es genüge, wenn es das Programm der Partei anerkennt und dieses unterstützt, da hat das in Rußland in den Reihen der „Iskra“-Leute, der zukünftigen Bolschewiki, eine weit größere Verwirrung ausgelöst, als es jene ist, die nunmehr unter den heutigen versöhnlerischen Bolschewiki durch die Differenz zwischen dem Zentralkomitee und dem Genossen Sinowjew, Kamenew und Trotzki entstanden ist. Genosse Kschyschanowski schrieb in seinen Erinnerungen „Ueber Wladimir Iljitsch“ aus Anlaß dieser ersten Parteispaltung:

„Allein der Gedanke daran, daß, trotz aller unserer aufgeflogenen Organisationen, außerhalb des Bereichs der politischen Verfolgungsmöglichkeit die glänzende Sechsergruppe aus Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Lenin, Martow und Potressow arbeitete, hielt uns in den schwierigsten Augenblicken aufrecht. Man kann somit selbst beurteilen, welch beklemmenden Eindruck die Mitteilung auf uns machte, daß das erste Ergebnis des Parteitages 1903 eine radikale Spaltung ausgerechnet dieser Sechsergruppe war.“

Genosse Kschyschanowski, der sich ins Ausland begeben hatte, um zwischen den aneinander geratenen Führern zu vermitteln, sagte zu Lenin:

„Stellen Sie sich vor, Genosse Lenin, wie die Dinge liegen; eigentlich sind doch alle, buchstäblich alle, gegen Sie, und sogar jene wenigen Personen, die für Sie stimmen, tun das, meiner Meinung nach, nicht so sehr aus innerster Ueberzeugung als aus persönlicher Anhänglichkeit an Sie. Wie die Dinge liegen, kämpfen Sie also allein gegen alle.“

Genosse Lenin, der für das Prinzip der eisernen Disziplin in der Partei eintrat, hat 1903 allen, gestern noch anerkannten Führern der russischen revolutionären Sozialdemokratie, die zu der „glänzenden Sechsergruppe“ gehörten, den Krieg erklärt. Im ersten Augenblick stand er allein, aber allein nur in den intellektuellen Spitzen der Partei — die Mehrheit der Partei war für ihn — und wir wissen, daß die Geschichte ihm recht gegeben hat, und daß sich hinter dem Streit um den § 1 des Parteistatuts der Kampf zwischen dem revolutionären Sozialismus und dem Reformismus verbarg.

Ganz dasselbe wiederholte sich an einem anderen Wendepunkt — nach der Niederlage der Revolution 1905. Als die zaristische Regierung nach dem Erlaß vom 6. August über die Reichsduma versuchte, die Bewegung aus den revolutionären Bahnen auf das Geleise der monarchistischen Verfassung zu

verschieben, als es darum ging, die nächsten Entwicklungswege der Revolution zu wählen, stellten die Bolschewiki die richtige Lösung des Boykotts der Bulyginschen Duma auf. Als sich dann 1907 herausstellte, daß sich die Situation geändert und daß die Revolution beim ersten Zusammenstoß eine Niederlage erlitten hatte, und daß der monarchistisch-konstitutionelle „Zickzack“ für die nächste Zeit eine feststehende Tatsache war, sprach sich Genosse Lenin gegen den Boykott der Duma aus. (Vgl. N. Lenin: Ueber den Kongreß der III. Duma.) Die Mehrzahl der Bolschewiki unter Führung des ZK-Mitglieds Bogdanow, die einfach dem Gesetz der Trägheit folgte, hatte kein Verständnis für die Notwendigkeit einer Aenderung der Taktik, für die Notwendigkeit der Ausnutzung der Tribüne der Reichsduma unter der neuen Lage, und Lenin blieb auf der bolschewistischen Konferenz in der Minderheit. Die Partei aber überzeugte sich bald, daß Lenin recht hatte. Bogdanow dagegen verschanzte sich hinter dem „Otsowismus“ und nahm keine Rücksicht auf den Willen der Partei. Wie ging nun damals Genosse Lenin vor? Er erklärte den „Otsowisten“ und ihrem Führer Bogdanow, als dem „Helden der revolutionären Phrase“, den schonungslosen Krieg und ließ sich weder dadurch irre machen, daß Bogdanow vor kurzem nach die markanteste Figur in der bolschewistischen Partei nach Lenin und dessen treuester Mitkämpfer war, noch dadurch, daß auf seiten Bogdanows eine ganze Reihe bolschewistischer Führer stand. Wieder stand somit Lenin, mit der Mehrheit der Partei, auf der einen Seite, und eine Reihe oppositioneller Führer auf der anderen Seite. Und auch dieses Mal hat die Geschichte Lenin recht gegeben: die „Otsowisten“ endeten damit, daß sie sich zum Block mit den Liquidatoren, dem rechten Flügel der Menschewiki, zusammenschlossen und entweder, nachdem sie sich in eine kleine verschwindende Sekte Bogdanows verwandelt hatten, von der Arena abtraten, oder offen, wie es Herr Alexinski getan hat, ins Lager der Konterrevolution hinüberwechselten.

In der Folge der weiteren Entwicklung, in der Periode der Februar- und Oktoberrevolution, hat die bolschewistische Partei erneut schwere Krisen der Parteiführung bei jeder scharfen Wendung und bei jedem schwierigen Aufstieg zu überwinden gehabt. Wir erinnern nur daran, auf welchen Widerstand Genosse Lenin in der Person des Genossen Kamenew und anderer stieß, als er im Jahre 1917 mit seinen berühmten Aprilthesen, die bekanntlich anfänglich nicht einmal die „Prawda“ abdrucken wollte, auftrat; wir erinnern daran, auf welche Opposition er seitens der Genossen Sinowjew und Kamenew stieß und welche vernichtende Abfuhr er „diesem Paar Genossen“ erteilte, als er im Oktober die Parole der Machtergreifung aufstellte. Es genügt weiter, folgende Krisen aufzuzählen: die Opposition der „linken Kommunisten“ zur Zeit des Brest-Litowsker Friedens, die schwere Krise der Partei aus Anlaß des Ueberganges zur Neuen Oekonomischen Politik während der Diskussion über die Gewerkschaften, ferner die Krise aus Anlaß der „Schere“ und schließlich die im Zusammenhang mit den „Lehren des Oktober“ des Genossen Trotzki, endlich die letzte Krise, im Zusammenhang mit der neuen Opposition, die aus Anlaß des verlangsamten Tempos der Revolution und des Ueberganges vom Wiederaufbau der Produktion zur Neubildung der Produktion entstanden ist.

Die Aufgabe des Ueberganges vom Wiederaufbauprozeß zur technischen

Fundierung der Produktion ist eine überaus schwierige. Dieser Uebergang zum wirklichen Aufbau des Sozialismus läßt sich, seinen Schwierigkeiten nach, in gewisser Hinsicht lediglich mit der Schwierigkeit der Machtergreifung im Oktober vergleichen. Sowohl die Partei als auch die Arbeiterklasse haben sich bereits an das schwindelerregende Tempo des Wiederaufbaues der Industrie und die rasche Hebung des Arbeitslohnes gewöhnt. Jetzt, wo das Grundkapital durch außerordentliche Sparsamkeit erneuert werden muß, gilt es, sich mit einer Verlangsamung des Wachstums abzufinden. Wenn die Produktion im vergangenen Jahr um 45 Prozent gestiegen ist, so läßt sie sich in diesem Jahr nur um 14 Prozent steigern, während der Arbeitslohn augenblicklich nur in den rückständigen Produktionszweigen und für die schlechter bezahlten Kategorien von Arbeitern gehoben werden kann. Dieser schwierige Uebergang, der sich drei bis fünf Jahre hinziehen kann, hat denn auch einen Rückfall in Unglauben und in Pessimismus seitens einiger Führer zur Folge gehabt, die im Oktober schwankten und die Basis zum Zusammenschluß der Opposition unter der Hegemonie des Genossen Trotzki wurden, der von Anfang an nicht an die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande glaubte.

Für Genossen, die mit der Geschichte der bolschewistischen Partei und den Krisen der Parteiführung gut vertraut sind, ist es an und für sich nichts Neues, daß es zwischen dem Zentralkomitee und gewissen, gestern noch anerkannten Parteiführern zum Kampf gekommen ist; an und für sich ist das kein Anlaß, um irgendwelche Besorgnis um das Schicksal der Partei zu hegen; die sozialdemokratischen Parteien machen derart schwere Krisen aus dem einfachen Grunde nicht durch, weil sie auf ihrem Wege keinerlei große Hindernisse zu überwinden und keinerlei gefahrvolle und schwierige Aufstiege zu unternehmen haben; besteht ja doch die Grundlage ihrer Taktik nicht im revolutionären Kampf, sondern in der Kapitulation vor der Bourgeoisie, in der opportunistischen Anpassung an jede beliebige Niedertracht. Ganz anders ist die Lage der himmelstürmenden bolschewistischen Partei, die einen verzweifelten Kampf mit einer ganzen Welt bis an die Zähne bewaffneter Feinde zu führen hat. Bei diesem Kampf ist es unvermeidlich, daß die einen oder anderen Führer in kritischen Momenten von Schwindelanfällen überrascht werden.

Insbesondere darf für die Partei nichts Unerwartetes und nichts Ueberaschendes darin liegen, daß die Genossen Sinowjew, Kamenew und Trotzki, die noch vor kurzem an der Spitze der Partei standen, nunmehr in Opposition geraten sind. Genosse Lenin hat die Partei gelehrt, aufmerksam den Lebenslauf eines jeden einzelnen Parteimitgliedes und ganz besonders jener zu studieren, die verantwortliche Stellen einnehmen. Die Partei aber kennt den Lebenslauf der erwähnten Genossen. Wir wissen, welche Schwankungen die Genossen Sinowjew und Kamenew in den Oktobertagen aufwiesen, wie sie — um ein Wort des Genossen Trotzki zu gebrauchen — im Moment der Machtergreifung „abgetrieben“ sind. Es darf uns deshalb nicht überraschen, daß sie erneut dem Kleinmut und dem Zweifel verfallen sind und diesen Kleinmut und diesen Zweifel hinter einer linken, revolutionären Phrase verbergen, in einem Augenblick, da die Partei unmittelbar die außerordentlich schwierige Aufgabe des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande, unter dem verlangsamten Tempo der Weltrevolution und rings umgeben

von kapitalistischen Ländern, in Angriff genommen hat. Als Genosse Trotzki in seinen „Lehren des Oktober“ die früheren Fehler der Genossen Kamenew und Sinowjew zu einer ganzen menschwistischen Richtung aufbauschte, hatte er nicht recht. Noch weit weniger recht hatte er, als er diese Fehler dem gesamten Zentralkomitee der Partei in die Schuhe schob. Die Fehler selbst aber sind, wie jedes Parteimitglied weiß, begangen worden und hätten verhängnisvolle Folgen haben können, wenn sie nicht rechtzeitig auf den energischen Widerstand des Genossen Lenin und die hinter ihm stehende Mehrheit des ZK sowie der Partei gestoßen wären.

Ganz dasselbe läßt sich, wenn man den Spieß umkehrt, vom Genossen Trotzki sagen. Wir wissen, daß Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“ und die damit zusammenhängende Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft für das Proletariat die schwerste Niederlage mit sich gebracht hätte, wenn sie im Proletariat Anklang gefunden hätte. Wir wissen, daß Genosse Trotzki bis heute diese dem Leninismus widersprechende Theorie nicht aufgegeben hat, wir wissen weiter, daß Genosse Trotzki, der zum Unterschied von Kamenew und Sinowjew in den Momenten des stärksten revolutionären Auftriebs stets auf der Höhe war und nicht „abgetrieben“ ist — umgekehrt in den Momenten des Rückgangs der revolutionären Welle zum Opportunismus abglitt: so war es nach der Niederlage der Revolution 1905, als er den revolutionären, „nicht abgekürzten Parolen“ der Bolschewiki seine eigene — die „Petitionskampagne“ und die Parole des Kampfes um das Koalitionsrecht entgegenstellte, während er später als Organisator des „Augustblocks“ zusammen mit den Liquidatoren hervortrat; so war es auch nach der Beendigung des Bürgerkrieges, als er, erst aus Anlaß der „Schere“ und dann mit der „drohenden Aufsaugung durch die Großbauern“ (Kulaki) eine Panik entfachte. Wir wissen schließlich, daß Genosse Trotzki, der stets mit den Massen während ihres spontanen Auftriebes ging, niemals organisch mit der Partei verwuchs, stets die Rolle der Partei unterschätzte, daß er in der Epoche der ersten Revolution und der Stolypinschen Reaktion eine Stellung „zwischen den Parteien“ einnahm und in den letzten Jahren gegen die „Apparatmenschen“ der Partei, gegen die strenge Parteidisziplin und für die Freiheit der Gruppierungen warb, d. h. faktisch gegen die Grundpfeiler der bolschewistischen Partei anrannte.

Die Partei kennt sowohl die überaus starken als auch die überaus schwachen Seiten dieser Führer; die Tatsache allein, daß sie in einer so komplizierten und schwierigen Lage, in der unsere Partei jetzt zu kämpfen hat, große Fehler begangen haben, hätte die Partei nicht veranlaßt, ihnen den Laufpaß zu geben. Genosse Lenin schrieb in seinem Buch: „Kinderkrankheiten des Radikalismus im Kommunismus“ durchaus richtig:

„Für die Politik der Partei gilt — unter entsprechenden Aederungen — das, was für die einzelnen Menschen gilt. Klug ist nicht der, der keine Fehler macht. Solche Leute gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist vielmehr der, der keine allzu-groben Fehler macht und es versteht, sie leicht und rasch zu korrigieren.“

Leider aber haben die erwähnten Genossen nur solange „ihre Fehler rasch korrigiert“, wie sie Seite an Seite mit Lenin arbeiteten, der eine unbestrittene Autorität in der Partei genoß. Nach Lenins Tode aber begannen sie ihre spezifischen, den Intellektuellen eigenen Mängel und ihren, den Intellektuellen anhaftenden Individualismus sowie ihre Einbildung zur Schau zu

tragen. Aus ihren früheren revolutionären Verdiensten und ihrer langen unmittelbaren Zusammenarbeit mit Lenin leitete jeder für sich die eingebildete Ueberzeugung ab, daß er der gesetzliche Nachfolger Lenins sei; sie handelten nach dem Motiv: „die Partei — das bin ich“ und wollten ihr nur insofern die absolute Gewalt zugestehen, wie die Partei ihren Willen erfüllt. Als sie daraufhin in die Minderheit gerieten, erklärten sie der Partei den Krieg, drohten ihr mit Spaltung, begannen innerhalb ihrer Reihen eine illegale Fraktion aufzuziehen und vereinigten sich schließlich zu einem grundsatzlosen Block aller mit der Partei unzufriedenen Elemente, die in der einen oder anderen Weise früher einmal die Faust der Partei zu spüren bekommen hatten. Dabei war es ihnen ganz gleichgültig, wieweit die einzelnen Elemente dieses Blockes, bis in die jüngste Vergangenheit hinein, sich grundsätzlich voneinander unterschieden, und sie gingen sogar soweit, Medwedjew und Schljapnikow, trotz ihrer rein menschewistischen Plattform, mit einzubeziehen. Die Genossen Sinowjew und Kamenew trieben außerdem ihre Prinzipienlosigkeit soweit, daß sie, um einen geschlossenen Vorstoß gegen die Zentralinstanzen führen zu können, erklärten, ihr ganzer früherer, im Namen des Leninismus Jahre hindurch mit ungeheurer Erbitterung geführter Kampf gegen den Trotzismus — sei ein Mißverständnis gewesen.

Natürlich wird die Partei gegen derartige „Fehler“, da sie die Grundlagen der Diktatur des Proletariats erschüttern, auf das allerentschiedenste und mit leninistischen Methoden vorgehen.

Wie aber nun, wenn diese oppositionellen Führer, die formell die Disziplin der Partei verletzen, im Grunde genommen dennoch recht haben sollten? — fragen schüchterne und skeptisch gestimmte Leute, denen es an der erforderlichen Selbständigkeit des Denkens fehlt und die sich blenden ließen durch die glänzenden Namen. Wo — fragen sie — ist der Maßstab zur Erkenntnis der Wahrheit? Ist doch der Marxismus, der Leninismus kein Katechismus von Geboten, die sich einfach ohne weiteres auswendig lernen lassen; und handelt es sich dabei doch um eine Methode, die man anzuwenden verstehen muß. Wer garantiert uns, daß diese Methode von der Mehrheit des Zentralkomitees, nicht aber von den Genossen Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Pjatakow, Radek usw. angewandt wird?

Um die Zweifel dieser Hamletfiguren der Partei zu zerstreuen, gilt es natürlich, ihnen vor allen Dingen behilflich zu sein, die von den Vertretern der Opposition aufgestellten Anschauungen in bezug auf ihren grundsätzlichen Gehalt einer kritischen Analyse zu unterziehen. Das ist denn auch geschehen: Die Argumente des Genossen Trotzki und dann der Genossen Sinowjew und Kamenew, Sokolnikow u. a. wurden seinerzeit bis ins einzelne zerpfückt und widerlegt. Wenn sich das Zentralkomitee gegenwärtig gegen die Eröffnung einer Diskussion mit der Opposition ausspricht, wenn das ZK dabei die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Partei und besonders der Arbeiter in der Partei findet, so erklärt sich das dadurch, daß zwischen dem Zentralkomitee und dem Genossen Trotzki und mit dem Genossen Sinowjew und Kamenew bereits eine Diskussion in der Partei stattgefunden hat, die mit der Niederlage der Mitglieder der Opposition endete. Seit dieser Diskussion hat sich weder in der Partei noch im Lande irgend etwas Neues ereignet, wenn man davon absehen will, daß die Genossen Sinowjew und Kamenew es inzwischen fertig gebracht haben,

mit dem Genossen Trotzki ein Bündnis einzugehen und im Interesse dieses Bündnisses all das zu widerrufen, was sie früher mit einer so außerordentlichen Heftigkeit gegen den Trotzkiismus vorgebracht haben, daß man ihnen sogar einen Dämpfer aufsetzen mußte; und wenn man weiter davon absehen will, daß es außerdem der mit rechten Abweichungen behaftete Genosse Radek fertig gebracht hat, sich auf die Seite des „neugeborenen“, auf den „Linksradikalismus“ im Bunde mit Medwedjew setzenden Genossen Sinowjew hinüber zu pirschen. Das Neue besteht also lediglich darin, daß die Genossen Sinowjew und Kamenew, die vor dem 14. Parteitag das Gleichgewicht verloren hatten, nunmehr noch einen Grad tiefer, bis zum „Trotzkismus“ herabgesunken sind, ein Umstand, der es ihnen ermöglichte, gemeinsam mit dem Genossen Trotzki die Taktik der „Einheitsfront“ gegen die Partei in Anwendung zu bringen. Es ist klar, daß es sich nicht verlohnt, die Partei in eine Diskussion zu stürzen, sie der Fiebertemperatur einer solchen Diskussion auszusetzen und an der Durchführung der laufenden Tagesaufgaben zu hindern, nur um nochmals zu demonstrieren, daß einige Genossen ihren Grundsätzen untreu geworden sind.

Aber die schwankenden und vom Zweifel befallenen, an der Peripherie der Partei herumschwirrenden Laien haben anscheinend aus den vergangenen Diskussionen nichts gelernt. Sie scheinen sich überhaupt nicht von Ueberzeugungen, sondern lediglich vom Glauben leiten zu lassen. Sie stellen durch die Bank die Frage: Warum soll ich den Genossen Stalin, Bucharin, Rykow usw. mehr glauben als den Genossen Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Radek und Pjatakow? Mit einem Argument, das sich auf den Glauben stützt, läßt sich schwerlich rechten. Schlimmstenfalls aber können wir auch auf diese Frage antworten —: Ihr habt keine Veranlassung, dem Genossen Trotzki, Sinowjew und ihresgleichen „zu glauben“, weil die neue Opposition, die aufmerksam angehört wurde, die einmütige Verurteilung durch das Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission, in der die besten Kräfte sitzen, erfahren hat; weil die neue Opposition die einmütige Verurteilung durch dieses aus 264 Genossen zusammengesetzte Plenum erfahren hat, daß die höchste Verkörperung der gesamten Erfahrung der Partei und des praktischen Leninismus darstellt; weil auch die soziale Zusammensetzung dieser höchsten Kollegialkörperschaft der Partei eine bessere Garantie dafür bietet, daß die Führung der Partei eine leninistische ist, als die formellen Talente einiger oppositioneller Führer sie zu bieten vermögen.

Wer die Führung unserer Partei lediglich nach dem Glanz und der Beredsamkeit sowie dem Grade der Belesenheit der Parteiführer beurteilt, der hat die ganze, von unserer Partei und der Arbeiterklasse in dem letzten Jahrzehnt vollbrachte Revolution verschlafen. Der unterschätzt den Grad der in revolutionären Kämpfen und unter dem sozialistischen Aufbau herangewachsenen Vorhut der Arbeiterklasse, mit der sich in entsprechender Weise auch der Charakter unserer ganzen Parteiführung geändert hat. 1917 hatten wir in der Partei 23 000 Mitglieder; 1926 zählt unsere Partei 592 000 Mitglieder und 410 000 Kandidaten; 1917 betrug der Prozentsatz der Arbeiter in der Partei 60,2 Prozent; 1926 hat sich dieser Prozentsatz fast nicht verändert: Die Arbeiter machen jetzt 62,6 Prozent der Parteimitglieder aus und 51,5 Prozent der Kandidaten der Partei. Ein ganz

anderes Bild zeigt die Kurve der sozialen Zusammensetzung unserer Parteiführung. 1917 gab es unter den 25 Mitgliedern und Kandidaten des ZK 12 Prozent Arbeiter, jetzt dagegen, 1926, machen die Arbeiter unter den 104 Mitgliedern und Kandidaten des ZK 56,6 Prozent aus. In der Zentralkontrollkommission machen die Arbeiter unter den 266 Mitgliedern 67,9 Prozent aus. Im Durchschnitt also beträgt der Prozentsatz der Arbeiter in unseren leitenden Zentralinstanzen 63 Prozent. Der Prozentsatz der Arbeiter in den leitenden Zentralinstanzen ist also seit der Revolution um das Fünffache gestiegen, während sich der Prozentsatz der Arbeiter in der Partei fast nicht verändert hat. Diese Ziffern zeugen in beredter Weise davon, wie sehr das Selbstbewußtsein unserer fortgeschrittensten Arbeiter gestiegen ist und wie rasch in unserer Partei die intellektuellen Führer durch proletarische Führer abgelöst werden. Allerdings sind diese 63 Prozent Arbeiter in unseren leitenden Zentralinstanzen weit geringere Meister des Wortes und der Feder und verfügen auch nicht über eine solche Belesenheit wie die intellektuellen Führer der Partei. Dafür aber verfügen sie sowohl auf dem Gebiete des Bürgerkrieges als auch auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaues über eine ungeheuere und vielseitige Parteierfahrung; dafür sind sie zweifelsohne weit enger mit den Arbeitermassen verbunden; dafür kranken sie nicht an einem Intellektuellen-Individualismus; dafür sind sie die besten Vorkämpfer der Parteidisziplin und der Geschlossenheit der Partei.

Wenn wir uns dieses rasche Wachstum des Selbstbewußtseins der fortgeschrittensten Arbeiter und die damit zusammenhängende rasche, proletarische Durchdringung unserer Parteiführung vor Augen halten, so können wir mit ruhiger Ueberzeugung sagen: Der Leninismus hat Lenin überlebt und wird ihn auch weiter überleben in unserer Partei; die Partei hat darum keine Opposition und keinerlei fraktionelle Untergrabung ihrer Basis zu fürchten, auch wenn sich zahlreiche, früher allgemein anerkannte Führer dazu hergeben, als Totengräber der Partei aufzutreten.

Wir können das mit ruhiger Bestimmtheit sagen, weil unser jetziges Zentralkomitee mehr als einmal bereits Gelegenheit hatte, durch die Tat zu beweisen, daß sich die Führung unserer Partei in zuverlässigen Händen befindet. Seit dem Tode Lenins stand unsere Partei wiederholt vor großen Schwierigkeiten, und wiederholt hat Genosse Trotzki, der sich als Retter der Partei aufspielte, den Schrei ausgestoßen: Ihr steht am Rande des Abgrunds, ihr seid dem Untergang verfallen! Das Zentralkomitee hat in allen diesen Fällen die Panikmacher auf ihren Platz verwiesen, deren rasch zusammengezimmerte „Pläne“ und Marschruten entschieden abgelehnt und das Schiff der Räteregierung und der Partei mit fester Hand durch die gefährlichen Klippen geführt. Die Partei hat das in ihrer überwiegenden Mehrheit gesehen und entsprechend gewürdigt. Darum wurde der neue Vorstoß der Opposition durch die geschlossene Abwehr der Partei rasch in Nichts aufgelöst. Die Opposition baute auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und legte ihre Minen gegen das Zentralkomitee; sie beschuldigte das Zentralkomitee, eine antiproletarische Politik zu betreiben, stellte demagogische Parolen auf, verhiß dem Proletariat eine rasche Hebung des Arbeitslohnes und eine noch raschere Industrialisierung des Landes durch einen Aufschlag der Großhandelspreise, vermittels Entnahme der Kapitalien

aus dem Genossenschaftswesen und der Einführung neuer Steuern für die Bauernschaft. Diese Rezepte, die in der Tat zu einer Zunahme der Teuerung für die Arbeitermassen, zu einer Sprengung der Stabilität des Tscherwonetz und zu einer Spaltung zwischen Proletariat und Bauernschaft geführt hätten, waren rasch und mit offen demagogischen Absichten in der Fraktionsküche zusammengebraut worden. Das aber nahm die Opposition zum Anlaß, um die Eröffnung einer Diskussion zu verlangen und zu versuchen, diese den Arbeiterzellen gewaltsam aufzuzwingen. Die Betriebszellen und die Proletarier sind auf diese Demagogie nicht hereingefallen, sondern haben alle wie ein Mann geantwortet: Wir kennen eure rettenden Arzneien und wollen nichts davon wissen. Schluß mit dem fraktionellen Gewäsch! Wir fordern die Bestrafung der Spalter und verlangen von ihnen, daß sie sich der Disziplin fügen und uns nicht bei der Arbeit stören.

Das ist die Art und Weise, in der die großgewordene Partei die auf-rührerischen Führer auf den ihnen gebührenden Platz weist und ihren eigenen Vormarsch fortsetzt.

A. LOSOWSKI:
DER INTERNATIONALE REFORMISMUS,
WIE ER IST

(Notizen eines Gewerkschafters)

1. Amsterdamer Bräutigame und Amsterdamer
Bräute

Schon seit zwei Jahren machen die Amsterdamer verzweifelte Anstrengungen, um in Amerika festen Fuß zu fassen und die halsstarrigen Gewerkschaftsbürokraten, die auf der Amsterdamer Börse hoch im Kurse stehen, in ihre Einflußsphäre zu ziehen. Besonders beharrlich machen die Amsterdamer der American Federation of Labor den Hof, denn ihre Dollars könnten den Amsterdamer Geschäftemachern in ihrer zerrütteten finanziellen Lage wieder auf die Beine helfen. Doch die amerikanische Braut ist praktischen Sinnes und lauscht daher mit kühlem Blute den lockenden Nachtigallserenaden der Amsterdamer Courmacher: sie hält es mit der Lebensweisheit, daß eine Ehe auf Berechnung zu fußen hat. Und da soll sie die guten, schweren Dollarstücke gegen die höchst problematischen und verblühten Reize der Amsterdamer eintauschen? Nie und nimmer. Die Ehe kam nicht zustande, denn es gebrach an Liebe, und die Rechnung stimmte auch nicht.

Doch die Amsterdamer lassen sich's nicht so leicht verdrießen, und so beschlossen sie, die Eroberung Amerikas von Mexiko aus zu beginnen. Zu diesem Zwecke begab sich dahin eine aus den Spitzen der Amsterdamer Gesellschaft gebildete Delegation (Purcell, Brown, Jouhaux, Mertens, Dißmann, Buoizzi, Dürr, Schulavski, Lindley, Fimmen, Ben-Smith und Largo-Kaballero), die beauftragt ist, den mexikanischen Gewerkschaften Hand und Herz der Amsterdamer Internationale anzutragen. Wir wissen nicht, was für ein Ende diese Brautfahrt nehmen wird, sehen uns aber bewogen,

auf einen zumindest sonderbaren Umstand aufmerksam zu machen. Als das Büro der Amsterdamer Internationale in seiner letzten Sitzung (21. September) an die Frage der Zusammensetzung der Delegation herantrat, da stellte sich folgendes heraus:

„Mit Rücksicht auf die Umstände — so lautet der offizielle Beschluß —, unter denen die Delegation nach Mexiko in Vorschlag gebracht wurde, erklärt die Exekutive, daß sie jede Verantwortung dafür ablehnt, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch im Namen des IGB.“ („Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsbundes“, 28. September.)

Nein, aber so was! Die angesehensten Führer der Amsterdamer Internationale sind Mitglieder dieser Delegation, das Büro aber lehnt jede Verantwortung ab! Wer schickt die Delegation? Wer trägt ihre Kosten? Wenn die Delegation von Amsterdam entsendet wird, warum lehnt es die Verantwortung dafür ab? Wenn Amsterdam die Kosten trägt — was für einen Sinn hat es, für eine offenkundig verantwortungslose Delegation Geld hinauszuerwerfen? Aus dem Beschluß des Büros der Amsterdamer Internationale können einzig folgende Schlüsse gezogen werden: 1. Die Delegation oder ein Teil derselben wurde nicht von Amsterdam, sondern von jemand anderem gewählt. 2. Nicht Amsterdam gibt das Geld dazu her, sondern jemand anders. Wer ist aber dieser „andere“? Wer ist dieser geheimnisvolle Fremdling? Niemand anders als der mexikanische Gompers, der Arbeitsminister der Regierung Kajes, der mexikanische Gewerkschaftsführer Morones. Die Brautschau wird also von der mexikanischen Braut selbst veranstaltet, sie bezahlt die Reise der Brautschauer, Amsterdam aber gibt seine Führer dazu her und lehnt die Verantwortung dafür ab.

2. Die glücklichen Argonauten

Es waren ihrer vier: Dißmann, Ilg, Labé und Brownly. Im Namen der Metallarbeiterinternationale fuhren sie nach den Vereinigten Staaten, um die amerikanischen Metallarbeiter anzuflehen, sie möchten ja doch, unter beliebigen Bedingungen, jener Organisation beitreten, die aus Tradition den Namen „Internationale“ trägt. Einer der Viere trägt, der Abwechslung halber, den Beinamen eines „Linken“, doch kann dieses Feigenblatt seine reformistische Nacktheit nicht verhüllen; er hat ebenso wenig mit dem Sozialismus zu tun wie seine ehrwürdigen Kollegen, denen Amt und Würden von Arbeiterorganisationen nur ein Mittel sind, um den Absichten der Unternehmer zu dienen. Die einen tun's mit gutem Gewissen, die anderen für gutes Geld. Bei einer solchen Zusammensetzung der Argonauten war der Erfolg der Expedition von vornherein so gut wie sicher, denn je näher die Beziehungen eines Gewerkschaftsführers zu den Unternehmern, desto höhere Ehren genießt er unter seinen amerikanischen Kollegen. Die Emissäre der Berner Metallarbeiterinternationale haben in bezug auf Schmeichelnreden ihr Höchstes geleistet und — oh Wonne! — der Metallarbeiterkongreß hat beschlossen, der Berner Internationale beizutreten, jedoch mit einem kleinen Vorbehalt.

„Der Verband behält sich das Recht vor — heißt es in der Resolution —, denjenigen Aktionen der Internationale fernzubleiben, die mit der Politik der American Federation of Labor in Widerspruch stehen.“

So sieht der 100 prozentige amerikanische Internationalismus aus! Vielleicht meint ihr, die strengen Hüter des Amsterdamer Crals haben irgendwie

auf diese Klausel reagiert? Vielleicht glaubt ihr, daß sie sich mit dem Statut bewaffneten und den Versuch machten, gegen eine solche Schamlosigkeit zu protestieren? Oder ihr bildet euch gar ein, daß diese Herrschaften sich ihrer Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband der USSR erinnern haben, dem sie, unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der „Würde“ und des „Ansehens“ ihrer Internationale alle möglichen und unmöglichen Bedingungen stellten? Nichts dergleichen! Diese Herrschaften sind bereit, die erniedrigendsten Bedingungen des amerikanischen Verbandes zu schlucken, wenn ihnen dafür Unterstützung im Kampf gegen den steigenden Einfluß des Kommunismus winkt. Wird aber der amerikanische Einfluß helfen? Es wäre interessant, zu wissen, was der Herr Professor der Schönrednerei, der linke Bauchredner einer rechten Politik, Robert Dißmann, darüber denkt.

3. Die Bergarbeiterinternationale unterstützt die Bergarbeiter

Zwei Wochen vor dem Beginn des Streiks, am 16. April, trat das EK der Bergarbeiterinternationale in Brüssel zusammen und faßte eine feierliche Resolution, in der es seine Bereitwilligkeit bekundet, nötigenfalls zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter einen internationalen Bergarbeiterstreik zu erklären. Diese Resolution verdient es, zu wiederholten Malen von A bis Z gelesen zu werden. Sie lautet:

„Die internationale Kohlenkrise führt in immer höherem Maße zu schweren sozialen Konflikten. Eine Erleichterung der Krise kann nur auf dem Wege internationaler Regelung der Kohlenproduktion und der Kohlenverteilung erreicht werden. Das EK der Internationalen Bergarbeiterföderation spricht sich für volle Unterstützung der englischen Bergarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen Lohnabbau und gegen die Aufhebung eines allgemeinen Tarifs im Landesmaßstab aus. Das EK ist bereit, nötigenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Kohleneinfuhr nach Großbritannien zu verhindern. Wenn nach gemeinsamer Erörterung mit den entsprechenden nationalen Bergarbeiterverbänden in die Reihe dieser Maßnahmen auch der Beschluß der Erklärung eines Internationalen Bergarbeiterstreiks aufgenommen wird, so beschließt das EK der Internationalen Bergarbeiterföderation, jede nationale Organisation zu verpflichten, den Streik solange nicht einzustellen, bis nicht in allen Ländern eine gesunde Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit gefunden wird. Im Falle der Entstehung eines internationalen Bergarbeiterstreiks wird das EK der Internationalen Bergarbeiterföderation als Streikkomitee fungieren, dessen Anweisungen für sämtliche Länder bindend sind.“

Wir haben bereits damals darauf hingewiesen, daß der Beschluß des EK der Bergarbeiterinternationale nichts weiter ist als eine schöne Geste. Wir haben behauptet, daß die Amsterdamer keinen Finger rühren werden, um die Streikenden zu unterstützen. Seither sind fünf Monate verflossen, und die Bergarbeiterinternationale hat Zeit genug gehabt, ihr Versprechen einzuhalten. Sie hat aber nichts, rein gar nichts für die Bergarbeiter getan, doch sehr viel gegen sie. Was ist allein das Verhalten des Sekretärs dieser Internationale, Hodges, wert! Dieser Streikbrecher betrieb tagaus, tagein die Desorganisierung der Streikenden in England, und die Bergarbeiterinternationale hatte für seine Streikbrecherleistungen nur Wohlwollen übrig. Die deutschen, französischen und belgischen Amsterdamer setzten das Gerücht in Umlauf, daß der internationale Streik deshalb noch nicht erklärt wäre, weil die Engländer die Einhaltung der am 16. April übernommenen Ver-

pflichtungen überhaupt noch nicht verlangt hätten. Als Antwort auf diese niederträchtige Demagogie stellte die britische Bergarbeiterföderation die Frage des Generalstreiks. Was antworteten darauf die an die Wand gedrückten Amsterdamer? Hier der offizielle Beschluß des EK der Bergarbeiterinternationale, der am 1. September, zu Beginn des sechsten Monats des englischen Bergarbeiterstreiks, gefaßt wurde:

„Der Antrag der englischen Bergarbeiter betr. Erklärung eines internationalen Bergarbeiterstreiks wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Mehrheit der der Föderation angeschlossenen Nationalorganisationen hat trotz der Unmöglichkeit, dieser Bitte Folge zu leisten, Zusicherungen gegeben, daß sie den englischen Bergarbeitern verstärkte finanzielle Unterstützung gewähren wollen. Die der Föderation angeschlossenen nationalen Organisationen werden nach wie vor (!) maximale Anstrengungen machen, um die Kohlenausfuhr nach England zu verhindern.“

Man vergleiche diese Resolution mit der vom 16. April und sage: bedeutet sie nicht offenen und zynischen Streikbruch? Und doch setzen die englischen Bergarbeiter immer noch einige Hoffnung auf diese Streikbrecherbande und geben ihr Geld für den dreifach gebrandmarkten Agenten des Kapitalismus, für Hodges, aus!

4. Ein sowjetistischer Steinwurf in den amerikanischen Sumpf

Man nehme: 300 bis 400 fette, dickleibige, glattrasierte Menschen mit je drei bis vier goldenen Ringen an den Fingern, mit einer goldenen Uhr und einer sich über den Schmerbauch schlängelnden Goldkette; man sammle sie in einem mit nationalen Fahnen geschmückten Saal; man lasse jeden in einem recht soliden Sessel Platz nehmen, da nicht vergessen werden darf, daß ein richtiger Führer mindestens 100 Kilo Gewicht hat; ferner drücke man jedem eine dicke teure Zigarre in den Mundwinkel und ein Flakon starken antikommunistischen Parfums, Marke „Cu Cluks Clan“, in die Hand, endlich besprengt man die Versammlung mit dem Weihwasser der Pfaffenberedsamkeit — so hat man den Kongreß der American Federation of Labor vor sich. Ein solcher Kongreß tagt gegenwärtig in Detroit. Selbst ein erfahrenes Auge kann nur mit Mühe unterscheiden, ob es sich um einen Arbeiterkongreß oder um die Tagung einer antikommunistischen Liga handelt. Auf diesem Kongreß geschah aber ein unerhörtes Ereignis. Ein offiziell eingeladener Redner, der kürzlich aus der USSR zurückgekehrte Missionär Eddy Sherwood, erfrechte sich, zu behaupten, daß in der USSR die Menschen nicht auf dem Kopf, sondern auf ihren zwei Beinen einhergehen, daß die Volkswirtschaft dort im Aufschwung begriffen ist, daß das Sowjetland sich erfreulich entwickelt, daß es nicht schlecht wäre, dorthin eine Delegation zu senden usw. Diese Rede kam der Versammlung ganz unerwartet und war ihr daher doppelt unangenehm.

Hätte Eddy Sherwood bloß im Zylinderhut, ohne jedes andere Attribut der Zivilisation am Leibe, die Tribüne bestiegen, so wären die Versammelten darüber weniger erstaunt als über sein günstiges Gutachten über die USSR. Die Nerven sämtlicher Gewerkschaftsbürokraten erlitten einen schweren Schock, und der Vorsitzende William Green beeilte sich, eine „Widerlegung“ vom Stapel zu lassen. Er weiß es natürlich besser als sonst jemand, daß es in der USSR schlecht steht, denn wie können die Arbeiter auch das geringste erreichen, wenn dort diese fürchterlichen bolschewistischen Doktrinen ge-

predigt werden! Mister Green vollzog auf diese Weise die Ehrenrettung seiner Firma, und der Kongreß in Detroit blieb seinem alten Standpunkt treu. Wie durch und durch reaktionär dieser Haufen korrupter und verfaulter Gewerkschaftsdemokraten ist, geht daraus hervor, daß selbst Bromley — dem die Bergarbeiter den wohlverdienten Namen Judas beilegen, in diesem amerikanischen Zoopark in „linkem“ Lichte strahlt.

Wie sollen sie den Bolschewismus nicht fürchten, wie sollen sie nicht von grimmiger Wut erfaßt sein, wo man doch in diesem fürchterlichen, wilden Lande ohne die Bourgeoisie auskommen will! Hat man je so was gesehen und gehört — ohne Milliarden! Zu wem sollen da die täglichen Gebete aufsteigen, vor wem soll man katzbuckeln, wem die Stiefel lecken? Das ist der Grund der antisowjetistischen Reden von William Green. Seine Lakaienatur verlangt gebieterisch nach einem Herrn.

5. Einheitsfront der Amsterdamer mit den Unternehmern

Dies geschah in Hamburg, während des Hafendarbeiterstreiks. Der sozialdemokratische Transportarbeiterverband wollte um jeden Preis den Streik verhindern, die Arbeiter aber wollten bekanntlich um keinen Preis den Vorschlägen des Schiedsgerichts zustimmen. Trotz dem Willen der gewerkschaftlichen Spitzen brach der Streik einmütig aus. Am zweiten Streiktag wurde der Beschluß des Schiedsgerichts vom Arbeitsminister sowohl für Arbeiter als auch für Unternehmer als verbindlich erklärt. Als die Verordnung des Arbeitsministers bekannt gegeben wurde, erschienen in dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ zwei in Größe und Charakter gleiche Aufrufe: der eine vom Transportarbeiterverband, der andere vom Arbeitgeberverband, beide mit der Aufforderung, die Arbeit aufzunehmen. Angesichts der großen Bedeutung dieser Dokumente bringen wir die beiden mitten im Streik veröffentlichten Aufrufe an die Streikenden nebeneinander:

Da der Arbeitsminister den schiedsgerichtlichen Beschluß für die Hafensbetriebe als verbindlich erklärt hat, wird die Bewegung für die Hebung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse vom deutschen Transportarbeiter-Verband und vom Zentralverband der Maschinisten und Heizer, und infolge dessen auch seitens der Mitglieder der Hafensektionen beider Organisationen für beendet erklärt. Die Auszahlung von Streikunterstützungen darf selbst in verschleieter Form nicht mehr erfolgen. Die von unverantwortlichen Elementen unter den Hafendarbeitern in Umlauf gesetzten Gerüchte, den Hafendarbeitern werde eine Geldunterstützung zuteil werden, selbst wenn obige Organisationen den Streik nicht anerkennen können, sind unbegründet.

Kreisvorstand des
Transportarbeiter-Verbandes
Groß-Hamburg.

Hamburger Vorstand
des Maschinisten- und Heizer-
Verbandes.

Durch Beschluß des Herrn Arbeitsministers ist der schiedsgerichtliche Beschluß vom 29. IX. sowohl für Unternehmer als auch für Arbeiter für verbindlich erklärt. Die Arbeiten im Hafen müssen ihren Fortgang nehmen und die vom schiedsgerichtlichen Beschluß vorgesehenen gehobenen Löhne sind den Arbeitern auszuzahlen. Die Lohnsätze für die Lösch- und Ausladearbeiten, für die Hafenspeicher usw. sind: 7,20 Mark für die erste Schicht, 8,28 Mark für die zweite Schicht, 8,64 Mark für die dritte Schicht. Für die sogenannten Ueberschichten wird außerdem ein besonderer Zuschlag von 20 Prozent ausbezahlt. Die ergänzenden Lohnsätze sind ebenfalls erweitert und in zahlreichen Fällen vergrößert. Die Arbeiter werden in den bekannten Vermittlungsstellen eingestellt und werden ihren Arbeitslohn in der üblichen Weise erhalten.

Hafenunternehmer-Verband
Hamburg.

Von diesen beiden Aufrufen ist der sozialdemokratische vielleicht der saftigere. Ebenso wie die Unternehmer erklären die Amsterdamer die schiedsgerichtlichen Entscheidungen für heilig, bedrohen aber die Streikenden mit der Entziehung der finanziellen Unterstützung, wenn sie „verantwortungslosen Elementen“ ihr Ohr leihen. Wir sehen hier eine Einheitsfront der Amsterdamer und der Unternehmer zur Zerschlagung der Bewegung. Die Amsterdamer sind gegen die Einheitsfront, wenn sie sich die Aufgabe stellt, die Arbeiter verschiedener Richtungen gegen die Unternehmer zusammenzuschweißen. Wenn es sich aber um eine Einheitsfront gegen Arbeiterinteressen handelt, — stehen sie in den ersten Reihen. Der Hamburger Hafentarbeiterstreik wurde gesprengt dank der Einheitsfront der Amsterdamer und der Unternehmer. Die deutschen Arbeiter müssen sich merken, wie die Amsterdamer Einheitsfront aussieht.

H. GÜNTHER

RANDBEMERKUNGEN ZUM PANEUROPA-KONGRESS

Am 3. Oktober trat in Wien der 1. Kongreß der Anhänger der Paneuropaidee zusammen. Der Begründer der Bewegung, Herr von Coudenhove-Calergi, dem seine Anhänger nachsagen, durch seine Verwandtschaft mit fünf Nationen (Japan eingeschlossen) zum Einiger Europas geradezu vorherbestimmt zu sein, hat eine stattliche Armee berühmter Namen aufgeboten. Auf der Rednerliste stehen Namen, wie der des Prälaten Dr. Ignatz Seipel, letzter Minister Karls des Letzten von Oesterreich und „Retter“ der österreichischen Bourgeoisie, des deutschen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, des einstigen ungarischen Finanzministers und Organisers der Korruption Georg von Lukacz. Dazu Pazifisten, wie Goldscheid, reformistische Kriegshetzer, wie Pfarrer Göhre, Georg Bernhard, der revisionistische Hetzer gegen den Achtstundentag Max Cohen und zwei bekannte bürgerliche Nationalökonomien, Francis Delaisie und Julius Wolff.

Diese bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, ergänzt durch Literaten, Konfusionsräte aller Länder, fühlt sich zur Rettung Europas berufen und berät mit gütiger Unterstützung der österreichischen Regierung, die diesen Herrschaften die Einreise auf Grund ihrer „Paneuropalegitimation“ — man denke! — ohne Paßvisum gestattet hat.

Allerdings ist die Rettung Europas kein Monopol der Paneuropäer. Gleichzeitig haben sich nicht weit von Wien, in Salzburg, andere „Internationalisten“ und Völkerbundsfreunde versammelt, die ebenfalls unter dem Vorsitz eines altösterreichischen Ministers, Dumba, tagten. Diese Herren, die unter dem Namen „Völkerbundliga“ vor einigen Jahren verhältnismäßig viel Staub aufgewirbelt haben, tagen heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit, — vielleicht kennzeichnet das den Weg, den auch Paneuropa nimmt.

Da die Paneuropaidee viele Köpfe zu verwirren beginnt, wollen wir, bevor

noch eine allgemeine Würdigung dieses Kongresses möglich ist, die Stimmung der verschiedenen an dem Kongreß Interessierten kennzeichnen.

P a n e u r o p a — a b e r o h n e E n g l a n d u n d R u ß l a n d

Wo Löbe und Herriot an der Spitze stehen, muß der „Vorwärts“ die Musik dazu machen. Solange Hilferdings überimperialistisches Weltreich unter Amerikas Führung nicht zustande kommt, unterstützt man eben den Zusammenschluß Kontinentaleuropas.

Heute ist die kontinentale Zerrissenheit Europas ebenso zu einer Gefahr für alle geworden, wie es früher die nationale Zerrissenheit Deutschlands oder Italiens gewesen ist. Darum ist die fortschreitende Annäherung der europäischen Völker aneinander, der Abbau des Systems der Absperrung voneinander bis zu dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa eine Lebensfrage für alle geworden.

Europa kann sich bei Strafe des Untergangs den Luxus der Kriege nicht mehr leisten. Weder der militärischen noch auch der Wirtschaftskriege. Gegenüber den ungeheuren Wirtschaftsgebieten Amerikas und Asiens ist es geradezu eine Lächerlichkeit, wenn in Europa jedes Land von 60, 40, 15 oder auch nur 2 Millionen Einwohnern mit eigenen Schutzzollmauern umgeben ist. Die wirtschaftliche Entwicklung stößt sich an diesen Mauern und muß sie niederreißen. Das deutsch-französisch-belgische Eisenkartell ist ein Anfang dazu. Die europäische Zollunion steht am Ende.

Der Vergleich mit der Einigung Deutschlands, die durch die preußischen Bajonette vollzogen wurde, kennzeichnet den Uebergang der deutschen Sozialdemokratie zum „Bismarckismus“. Der Mann der Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie heißt heute Stresemann:

Nicht nur das internationale Eisenkartell liegt auf diesem Wege, sondern auch Locarno, Genf und Thoiry. Wollen Deutschland und Frankreich ernstlich, so können sie, wie sich selbst so auch die übrigen Staaten Europas — so weit sie noch nicht von selbst dazu bereit sind — dazu verpflichten, bei Konflikten die Waffen liegen zu lassen und vor einem Schiedsgericht den Ausgleich zu suchen.

Dadurch verlieren die Grenzen ihre militärische Bedeutung; sie behalten aber noch ihre wirtschaftliche und nationale. Es bleibt die Umstrickung der Produktivkräfte durch das vielmaschige Netz des Schutzzolls, und es bleibt die problematische Lage der nationalen Minderheiten. Eine Bewegung, die sich das Ziel Paneuropa gesetzt hat, muß ständig auf den Abbau der wirtschaftlichen Verkehrssperren und auf den Schutz der nationalen Minderheiten bedacht sein. Erst wenn der Europäer in ganz Europa mindestens ebenso zu Hause ist, wie beispielsweise der Genfer in Zürich oder der Münchener in Berlin, wird Paneuropa eine Wirklichkeit sein.

Locarno, Genf und Thoiry — wir vermissen leider Livorno, das doch ebenfalls in diese Reihe gehört; bleibt dem deutschen Arbeiter noch eine gewisse Unruhe hinsichtlich der Haltung der außereuropäischen Länder; der gute „Vorwärts“ beruhigt aber seine Leser:

„Die Konzeption Coudenhoves schließt England und Rußland aus dem Aufbauplan des geeinten Europas aus. Aber diese Ausschließung erfolgt nicht aus feindlicher Absicht, sondern aus praktischen Gründen. England ist ein Weltreich, das nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika, Asien, Afrika zu Hause ist. Rußland spannt die Landbrücke von Mitteleuropa bis zum fernen Osten. Beide Reiche in Paneuropa miteinbegriffen, würden dieses zu einem alle Erdteile umspannenden Weltbund erweitern und dieser Weltbund könnte darum in jeden Konflikt, der in irgendeinem Erdwinkel ausbricht, mit hineingerissen werden. Darin liegt zweifellos eine Gefahr, wenn es auch auf der anderen Seite schwer ist, sich den Insel-Engländer oder auch den europäischen Russen als einen „Europa-Ausländer“ vorzustellen. Jedenfalls hat sich die paneuropäische Union jederzeit mit Entschiedenheit gegen den Verdacht gewehrt, als schwebte ihr so etwas vor wie ein Wiederaufleben der napoleonischen Kontinentalpolitik mit einer Spitze gegen England oder irgendeine andere Macht.“

Was für Konflikte in irgendeinem Erdwinkel? Der Pazifismus der Pan-europäer scheint doch nicht ganz wetterfest zu sein.

Die andere Seite: „Gute Leute und schlechte Musikanten“

„Der europäische Friede in seiner heutigen Gestalt hat sehr materialistische Schutzengel. Der stählerne Schwingenschlag des einen dieser Friedensengel wurde hörbar, als in der Völkerbundversammlung in Genf nach Herrn Loucheur der deutsche Delegierte v. Rheinbaben aufstand und die verheißungsvolle Wiederannäherung der Völker im Zeichen der Zusammenarbeit der „Wirtschaftspraktiker“ begrüßte. Es ist schon so: der deutsch-französische Friedensengel heißt Erz. Der englisch-italienische heißt Erdöl. Und die vereinigten Staaten von Europa — es sind so vorläufig die vereinigten Eisenstaaten von Westeuropa.

Unter solchen Umständen bekommen die Bemühungen jener guten Leute und schlechten Musikanten, die heute in Wien zum Paneuropäischen Kongreß zusammentreten, einen etwas merkwürdigen Beigeschmack. Die bürgerliche Presse begrüßt die Gründung des Stahlkartells triumphierend als einen Schritt zu Paneuropa: oh, es ist wahr — aber ist es das Paneuropa, das sie meinen? Zu dem Paneuropäischen Kongreß sind sehr verschiedene Gäste versammelt: aber was sie einigt, ist eine klingende Parole, in der sich sehr verschiedene politische Auffassungen bergen, eine Idee, deren Verwirklichung sich jeder anders vorstellt. Die Paneuropäer meinen es zweifellos gut, nur meinen sie jeder etwas anderes.“

Das sind die Begrüßungsworte, die die Wiener „Arbeiterzeitung“ dem Kongreß widmet. Die in die peinliche Lage gern gesehener Gäste des Wiener Pressesumpfes gedrängten „bewährten Parteigenossen“ und die Freunde Otto Bauers versuchen zu lavieren.

Des Pudels Kern kommt aber noch: trotz der „stählernen Schwingen“ sind auch die Austromarxisten für den kapitalistischen Pazifismus.

Hören wir:

„Ueber diese Widerstände, die innerhalb der deutschen Bourgeoisie im Gegensatz zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen ihren Ausdruck finden, die in Frankreich vertreten sind durch Poincaré, dem Advokaten des nationalen Eisenkartells gegenüber Loucheur, dem Mann des internationalen — über diese Widerstände hinweg geht der Kapitalismus seine Bahn. Kein Zweifel, daß diese Entwicklung augenblicklich auf Frieden gerichtet ist, aber vielleicht (vielleicht?) nur, um die zusammengefaßten, über die Staatsgrenzen hinaus organisierten Wirtschaftskräfte des einen Kontinents in um so furchtbarer Gegnerschaft der ebenso zusammengeballten Macht des anderen entgegenzustellen. Mächtige Industriekartelle, die die Produktion der europäischen Länder regeln und aufteilen, um der amerikanischen Konkurrenz ein Gegengewicht bieten zu können; gewaltige Organisationen, die über Länder und Zollgrenzen hinweg Preise diktieren, Frieden und Profit sichern: das ist das Paneuropa der Kapitalisten.“

Also die Austromarxisten sehen bis zu einem gewissen Grade ein, daß sich die Befriedung Europas nach dem althergebrachten österreichischen Bauernspruch vollziehen soll: „Heiliger Florian, bewahr' mein Haus und zünd' andere an.“ Was haben sie aber zur Entschuldigung ihrer Genossen Löbe, Blum und Göhre anzuführen, die an diesem Theater mitmachen? Die Erklärung ist ein wenig gewunden und verrät die Schule des Freudismus:

„So wird insbesondere in den westlichen Ländern jeder Gedanke einer europäischen Vereinigung zu einem gerade den Sozialisten naheliegenden Protest gegen den engstirnigen Nationalismus der Absperrung. So ist der Gedanke, der Macht des gigantischen amerikanischen Kapitalismus, dessen seelenloser Maschinismus sich in Filmen und — Anleihen mit furchtbarer Präzision gegen die europäische Kultur heranwältzt, wenigstens die vereinigte Kraft des geeinten Europa entgegenzustellen, eine Voraussetzung, die auch Sozialisten fesseln kann.“

Wilhelm der Letzte hat das schon einmal viel klarer und einfacher gesagt: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter.“ Der Unterschied zwischen

ihm und den Anhängern des Herrn Coudenhove ist nur, daß Wilhelm sich die Rettung Europas durch seine Verpreußung dachte, während den Herren Coudenhove und Seipel die Verösterreichung Europas vorschwebt.

E i n k l e i n e r Z w i s c h e n f a l l

Ein kleiner Zwischenfall verdient vermerkt zu werden. Der deutsch-österreichische Volksbund, eine Organisation, zu deren Gründern der Paneuropäer Löbe zählt, und die sich die Propaganda des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland zum Ziele gesetzt hat, wandte sich an den Kongreß mit der Bitte, auch diese Frage zu behandeln. Das Sekretariat lehnte die Behandlung dieser ein wenig heiklen Frage in einem Briefe ab, indem es schreibt:

„Unser Kongreß, der nicht wie der Völkerbund eine Organisation von Regierungen ist, sondern von privaten Vereinigungen, kann sich nicht die Aufgabe stellen, die europäischen Einzelfragen zu lösen, sondern arbeitet zunächst an der Schaffung einer Atmosphäre, die eine künftige Lösung aller europäischen Fragen im Geiste des Friedens, der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit vorbereitet und ermöglicht.“

Um mit den Worten des Organs der österreichischen Paneuropäer, der „Neuen Freien Presse“, zu reden: Der erste Schritt zu Paneuropa ist der internationale Eisenpakt — eine höchst friedliche Atmosphäre.

D i e H a l t u n g d e r R e g i e r u n g e n

Es verdient bemerkt zu werden, daß die Regierungen, auch die, die sich bisher zu Paneuropa sehr freundlich gezeigt haben, vom Wiener Kongreß vollkommen ferngeblieben sind. Wir finden in der Liste der Teilnehmer weder Herriot noch Benesch, und als aktive Politiker von größerer Bedeutung für ihr Land eigentlich nur Seipel und den ungarischen Monarchisten Gratz. In einem deutlichen Absagebrief hat der tschechische „Paneuropäer“ Benesch klar zum Ausdruck gebracht, warum er nicht nach Wien kam: er anerkennt „den großen moralischen und politischen Wert der Idee“, bemerkt aber gleichzeitig, daß sich „solche Ideen niemals in ihrer ursprünglichen Form durchsetzen“. „Die Paneuropabewegung wird die Welt nicht verändern, sie wird aber einer der großen Mitarbeiter an dem neuen Europa werden.“ Die Antwort ist deutlich: die Herren Paneuropäer haben nur dann einen Anspruch auf die weitere Förderung durch die Regierungen, wenn sie auf alles, was irgendwie mit dem Willen der Mächtigen in den einzelnen Staaten in Widerspruch kommen könnte, verzichten und sich weiter darauf beschränken, den sentimental Pazifismus gewisser, von der Angst vor der amerikanischen Konkurrenz getriebenen Schichten zu nähren.

D i e U S S R u n d P a n e u r o p a

Die einzige Frage, die auf dem Kongreß etwas stürmischer behandelt wurde, war die Stellung zu Rußland. Hier besteht eine gewaltige Differenz zwischen verschiedenen Paneuropäern. Während Coudenhove die Aufnahme Rußlands und Englands in sein Paneuropa ablehnt, ist der Menschewik W. Voitinski, der in der letzten Zeit in Deutschland durch seine statistischen Arbeiten von sich reden machte, für die Aufnahme Rußlands, und zwar deshalb, weil er den europäischen Charakter Rußlands gewahrt wissen will und auch noch nicht die Hoffnung auf eine Demokratisierung Rußlands auf-

gegeben hat. Dieser Auffassung trat auf dem Wiener Kongreß — Kerenski entgegen, der ebenfalls unter die „Paneuropäer“ gegangen ist und dort den Krieg gegen Sowjetrußland predigen will. Für ihn ist die Ausschaltung Rußlands aus dem paneuropäischen Staat eine Selbstverständlichkeit. Daß dieses Paneuropa dann ein guter Sturmbock gegen die Sowjetmacht sein soll, ist klar. Besonders deutlich spricht dies ein holländischer Sozialdemokrat in „Het Volk“ aus, wo er schreibt:

„Rußland ist eine große Gefahr für ganz Europa. Es ist, mit Ausnahme der Türkei, der einzige nicht ausschließlich europäische Staat, der an Europa grenzt. Einem organisierten und industrialisierten Rußland wird kein einziger europäischer Staat militärisch gewachsen sein. Durch seine bloße Existenz übt Rußland einen beständigen Druck auf die europäischen Staaten aus, und dieser Druck wächst, weil das Wachstum der europäischen Bevölkerung mit dem der russischen nicht Schritt hält. Schließlich herrscht in Rußland keine demokratische Regierung, und damit hat sich Rußland selbst außerhalb Europas gestellt. Ein inniges Zusammenarbeiten zwischen dem Sowjetreich und den demokratischen Staaten ist undurchführbar.“

Während also die linken Sozialdemokraten halb und halb Paneuropa als Waffe im Kampf gegen Amerika begrüßen und damit die Angst des europäischen kleinen Kapitalisten zu der ihrigen machen, sehen die rechten Sozialdemokraten in der Paneuropaidee ein Mittel zur Sammlurg gegen Rußland, dessen Entwicklung ihnen jetzt gefährlich zu werden droht.

Herr Coudenhove hat freilich versucht, mit den Argumenten aller Richtungen einen Ausgleich zu finden und insbesondere die Angriffsabsicht dieses Paneuropa zu leugnen. Er wird aber damit einen sehr geringen Erfolg haben. Alle diese paneuropäischen Bestrebungen sind ja letzten Endes nichts anderes als der Ausdruck der Sammlungsbestrebungen der kontinentalen Bourgeoisie, ihrer Zusammenfassung zu bestimmten Interessengruppen. Paneuropa — das ist die Musik zur deutsch-französischen Annäherung.

B. FERDI: DIE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IN DER TÜRKEI

Der Kommunismus und der Kemalistische Terror

Die Kommunistische Partei hat seit ihrem Erscheinen in der Türkei ihr Tätigkeitsfeld ständig erweitert. Ohne legale Existenz, erfreute sie sich nichtsdestoweniger weitestgehender Toleranz von seiten der Behörden. Zu Beginn des Jahres 1925 befand sie sich in bezug auf ihren Effektivbestand, ihre Arbeit und ihren Einfluß in einer ganz besonders günstigen Lage. Kommunistische Kämpfer, denen die Aufgabe zugefallen war, die Gewerkschaftsbewegung zu leiten, hatten es verstanden, fast sämtliche Gewerkschaften ihrer Autorität zu unterwerfen. Dank ihrer Zellenarbeit und ihrer Gewerkschaftsfraktionen übte die Partei einen großen Einfluß auf die Arbeiter aus. Das kommunistische Organ „Aidinlik“, das bis dahin in einer Auflage von 1000 Exemplaren erschien, war gezwungen, diese zu verdoppeln. Im übrigen wurde auf Verlangen der dem kommunistischen Einfluß unterworfenen Massen die Arbeiterausgabe des „Aidinlik“ durch eine unter dem Titel „Hammer und Sichel“ erscheinende Wochenschrift ersetzt. Der Titel „Aidinlik“ erwarb eine solche Popularität in der Öffentlichkeit, daß er zu einem neuen Begriff wurde: „Aidinlikje“, d. h. Aidinlikisten, bedeutet so viel wie Kommunisten.

Von den ersten Nummern an wurde die Revue „Hammer und Sichel“ von den Arbeitern auf das wärmste begrüßt. Eine Masse von ausschließlich proletarischen Lesern, 3000 bis 4000 an der Zahl, hatte sich um dieses Organ geschart, das unter ihnen die kommunistische Ideologie und kommunistische Parolen verbreitete. Gleichzeitig mit dem schnellen Steigen der Leserzahl der kommunistischen Presse nahm auch die organisatorische Tätigkeit unserer Kämpfer einen großen Aufschwung. Diese Bewegung war in Konstantinopel ebenso stark wie in den anderen mehr oder weniger industrialisierten Provinzen. Zwei Drittel unserer Publikationen wurden von diesen letzteren aufgenommen.

Die kommunistische Bewegung folgte einer aufsteigenden Entwicklungskurve bis zum März 1925. Es war in der besten Periode dieser so überaus fruchtbaren Arbeit, als sie am 5. März d. J. von der kemalistischen Bourgeoisie einen fürchterlichen Schlag erhielt. Die Tätigkeit der kommunistischen Kämpfer war von jeher einer strengen polizeilichen Kontrolle unterworfen. Es war jedem klar, daß die Regierung den geringsten Vorwand benutzen würde, um dieser Tätigkeit ein Ende zu bereiten. Aber das ministerielle Dekret, das mit einem Schlag das Erscheinen sämtlicher kommunistischen Organe unterband, kam zum mindesten unerwartet. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte sich nichts ereignet, womit diese drakonische Maßnahme hätte begründet werden können. Die Vorsätzlichkeit der Kemalisten war augenfällig. Das neue Gesetz bezüglich „der Stabilisierung der Sicher-

heit“, das alle konstitutionellen Garantien aufhob, wurde der öffentlichen Meinung als Waffe gepriesen, einzig dazu beschaffen, die monarchistische Reaktion mitten ins Herz zu treffen, und dieses Gesetz gerade war es, das man sich zunutze machte, um sich der kommunistischen Gegner zu entledigen. Es ist interessant, zu bemerken, daß die Kommunisten gerade in diesem Augenblick in den letzten Nummern ihrer Zeitschriften sich für die unerbittliche Unterdrückung des kurdischen Aufstandes eingesetzt und der Volkspartei versprochen hatten, diese mit allen Kräften bei der Liquidierung des Feudalismus zu unterstützen. Dieser Umstand beweist zur Genüge, daß nur ein äußerst geschärftes Klassenbewußtsein die junge kapitalistische Bourgeoisie veranlaßt haben konnte, sich der Vorhut der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Das von Ismeth Pascha vor nunmehr 18 Monaten errichtete Diktaturregime zerriß somit plötzlich jene Bande, die die Kommunisten mit den werktätigen Massen verbunden hatte. Alle diejenigen, die im Verlauf der letzten Jahre an der Spitze der Arbeiterbewegung gestanden hatten, sei es durch die organisatorische, sei es durch ihre schriftstellerische Tätigkeit, wurden ihrer Handlungsfreiheit beraubt.

Durch diese Verluste auf das empfindlichste getroffen, war der Kommunismus gezwungen, sich den neuen Kampfbedingungen anzupassen und infolgedessen auch die Formen seiner Tätigkeit zu verändern. Aber das ging nicht so ohne weiteres. Es bedurfte eines langen Hin- und Hertastens, ehe die Situation richtig erfaßt und eine entsprechende Organisation geschaffen wurde. Es lassen sich in der verflochtenen Periode, zwischen der Schließung der kommunistischen Presse und der letzten Parteikonferenz, drei Phasen unterscheiden.

1. In einer ersten Phase glauben sie sich stark genug, die Herausforderung der nationalistischen Bourgeoisie annehmen zu können. Die Unterdrückung ihrer Presse beantworteten sie mit der Herausgabe eines neuen Organs in der Provinz. Sie unterlassen es nicht, die Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen aufzusuchen. Sie veröffentlichen zum 1. Mai 1925 eine Broschüre und organisieren Kundgebungen, die den Charakter von Protestaktionen gegen die Schließung der kommunistischen Presse tragen.

Ihrer Auffassung nach sollten diese Ereignisse einerseits über die Bedeutung ihres Einflusses zu denken geben und andererseits das Klassenbewußtsein und den Kampfgeist der Arbeiter hochhalten. Trotz der ermutigenden Resultate der Broschüre und der Maidemonstrationen zeigte die Erfahrung jedoch, daß die Bewegung von den Massen nicht genügend unterstützt wurde, um dem Terror zu widerstehen. Im übrigen zögerte die Regierung nicht mit dem Entschluß, kurzen Prozeß mit allen denjenigen zu machen, die ihrer Strenge trotzend es wagten, weiter zu agitieren. Diese Phase dauerte vom 5. März bis Ende Mai 1925.

2. Die zweite Phase ist die Phase der Verhaftungen und Kommunistenprozesse. Um diese Zeit fängt man an, eine gewisse Panik zu beobachten. Die in der Öffentlichkeit bekanntesten Kämpfer werden auf Grund ihrer legalen Tätigkeit vor das Unabhängigkeitsgericht gestellt. Nur ein ganz geheimer Apparat arbeitet weiter. Die Verbindung zwischen dem Zentrum und der Provinz ist äußerst mangelhaft. Die ganze Aufmerksamkeit der Ar-

beiter, die früher auf die kommunistische Bewegung gelenkt war, ist jetzt auf das Unabhängigkeitsgericht in Angora gerichtet, das über das Schicksal der eingekerkerten Kommunisten zu entscheiden hat. Bis zum 13. August 1925, dem Tage, an dem die Periode des Abwartens ihr Ende erreichte, bewahrt man noch einige Illusionen über die Möglichkeit der Wiederaufnahme einer halblegalen Tätigkeit.

3. Die Brutalität des Urteils zerstreut die letzten Reste dieser Illusion. Die Angeklagten werden am 13. August zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Laut dem Verdikt genügt die Tatsache, Kommunist zu sein, um die schwersten Strafen erwirkt zu haben.

Diese ungerechtfertigte Strenge entzündete im Anfang in den Kämpfern, die den Verfolgungen entgangen waren, neue Energien. Ein jeder gab sich Rechenschaft, daß von der nationalistischen Demokratie nichts mehr zu erwarten war. Junge Elemente voller Enthusiasmus und Unternehmungsgeist traten aus den Reihen der Partei hervor und nahmen die Arbeit mutig in Angriff.

Aber das leitende Zentrum war den verschiedensten Schwierigkeiten ausgesetzt, die ihm bei allen seinen Unternehmungen den Weg versperrten. Die erste Aufgabe, die es zu bewältigen hatte, bestand darin, um jeden Preis die Panik einzudämmen, die sich der Grundorganisation der Partei zu bemächtigen begann, — weiter, so schnell wie möglich die mehr oder weniger zerschlagenen Kadern wiederherzustellen, um damit einer noch stärkeren Desorganisation vorzubeugen. Bevor diese dringenden Maßnahmen ergriffen waren, konnte in der Tat keine Rede davon sein, den Kontakt mit den ihrem Einfluß unterworfenen Arbeitern zu bewahren. Ein Verlust dieses Kontaktes aber bedeutete den Tod der Partei. Erfüllt von dieser drohenden Gefahr, schickte die Zentrale kurz nach der Verurteilung der verhafteten Kämpfer ihre Emissäre in die Provinz, um die alten Verbindungen wieder zu erneuern und den Boden für eine regelmäßige konspirative Arbeit vorzubereiten. Diese Kameraden verzeichneten den Abfall, nahmen die notwendigen Ausscheidungen vor und ließen die verbleibenden Bestände eine vorsichtige, aber energische propagandistische und organisatorische Tätigkeit entfalten.

Der Anfang war gut, aber im Oktober vergangenen Jahres hatte die Entdeckung eines zwischen den Parteimitgliedern gepflogenen Briefwechsels neue Verhaftungen in den erst jüngst rekonstruierten Kadern zur Folge. Die Provinzsektionen blieben weiter bestehen, doch waren sie virtuell vom Zentrum isoliert.

Die Situation änderte sich noch weiter zuungunsten der Kommunisten. Mit einem unerfahrenen Zentralkomitee an der Spitze und einem stark verminderten Effektivbestand, sah sich die Partei gezwungen, die Schläge eines entfesselten Terrors zu parieren. Weder der gute Wille noch der Opfermut ihrer Mitglieder genügten, um sie davor zu bewahren, in eine gewisse Passivität zu verfallen. Ihre Aufgabe war so schwer, daß sie diese mit den ihr zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln nicht zu lösen imstande war.

Die Bewegung breitete sich nichtsdestoweniger in den Provinzen aus. Doch drehte sie sich dort immer mehr um Fragen von sekundärer und

lokaler Bedeutung. Die Interessen der Gesamtbewegung wurden gezwungenermaßen vernachlässigt, und die politische Arbeit reduzierte sich sozusagen auf die primitivsten Formen, während das Zentralkomitee mit der Zeit immer mehr die Rolle eines gewöhnlichen Regionalkomitees zu spielen begann.

Die Gefahr, die die Herabsetzung der Bedeutung des leitenden Zentrums bei einer relativen Entwicklung der Provinzen in sich barg, war außerordentlich groß. Wäre diese Lage von Dauer gewesen, sie hätte letzten Endes zum Oekonomismus und zu einer Zersplitterung der Partei geführt. Was diesen fatalen Ausgang verhinderte, war die absolute Ergebenheit der Genossen aus der Provinz dem zentralen Apparat gegenüber, der das Vertrauen der KI besitzt.

Die Erfahrungen der vergangenen Periode haben auch die hervorragende Rolle, die der Presse in der Entwicklung unserer Bewegung zukommt, unter Beweis gestellt.

In der dem kemalistischen Terror vorangehenden Periode kompensierten die Parteiorgane im weitesten Maße die organisatorischen Unvollkommenheiten und trugen außerordentlich viel zu ihrer Entwicklung bei.

Gewiß, die Schäden, die aus dem Bruch der Verbindungen erwachsen waren, wären der Partei zum größten Teil erspart geblieben, hätte zur rechten Zeit ein illegales Organ bestanden.

Z e i c h e n e i n e s n e u e n A u f s c h w u n g s

Seit drei Monaten scheint sich eine neue Phase der Arbeiterbewegung anzukünden. Die Arbeiter sind sichtlich in eine dumpfe Gärung geraten. Die Arbeiterklasse macht Anstrengungen, sich aus ihrer Ohnmacht zu erheben. Beinahe täglich verzeichnet die bürgerliche Regierungspresse, die einzige von den Kemalisten geduldete, Schritte, die Arbeiter der einen oder anderen Erzeugungs- oder Transportbranche unternehmen. In den meisten Fällen sind es ökonomische Forderungen, die unter Androhung von Streiks gestellt werden.

Die Untersuchung dieser Ereignisse ist schon deswegen interessant, weil sich diese gerade zu einer Zeit abspielen, in der der kemalistische Terror seinen Höhepunkt erreicht und auf den öffentlichen Plätzen täglich neue Galgen errichtet werden.

Es würde zu weit führen, auf die Einzelheiten der Konflikte einzugehen, die die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erzeugen. Wir werden uns damit begnügen müssen, nur die wichtigsten zu erwähnen.

Die energischen Proteste der Straßenbahnangestellten zwangen die Regierung, die Wahlen der Arbeiterdelegierten, die von der Leitung gefälscht worden waren, zu annullieren.

Die Gepäckträger von Konstantinopel, deren Zahl sich auf 5000 beläuft, beschlossen, in den Streik zu treten, um gegen die einen Monopolcharakter tragende „Gesellschaft für Landtransport“, die von kemalistischen Deputierten gegründet worden war und ihre Rechte in der Ausübung ihres Berufes beeinträchtigte, zu protestieren. Die interessierten Kreise nahmen zu dieser neuen Kundgebung ausbeuterischer Gesinnung so energisch Stellung, daß die Regierung sich verpflichten mußte, eine befriedigende Lösung zu finden, die geeignet war, diese Kreise zu beruhigen.

Ein fünfzehntägiger Streik sicherte den Arbeitern der Eisenbahnlinie Soma—Banderma einige geringe Vorteile.

Vermerken wir noch eine Reihe von Konflikten zwischen den Straßenbahnern und den Elektrizitätsarbeitern von Konstantinopel, den Arbeitern der östlichen Eisenbahnen (Balkan und Europalinie), der Bäcker usw. und den Gesellschaften oder interessierten Unternehmern. Diese Konflikte unterstehen laut Streikgesetz dem obligatorischen Schiedsspruch der Regierung. Das Bestreben der Regierung ist, Kompromisse zu finden, indem den konzessionierten Gesellschaften gewisse Vorteile eingeräumt werden, die diese veranlassen sollen, ihren Lohnarbeitern unbedeutende Zugeständnisse zu machen.

Das sind die wichtigsten Fragen, deren Schärfe schon die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Außerdem lassen sich überall Unstimmigkeiten der verschiedensten Art feststellen. Wir wollen nicht verabsäumen — als Ausdruck einer charakteristischen Geistesverfassung —, gewisse Tätlichkeiten, die von Arbeitern an ihren Arbeitgebern verübt worden sind, zu registrieren. In kurzer zeitlicher Folge und beinahe unter denselben Umständen verübten Arbeiter in zwei oder drei Fabriken Angriffe auf das Leben ihrer Direktoren oder Subdirektoren.

Es handelte sich um Arbeiter, die man ohne triftigen Grund auf die Straße geworfen hatte und die nach kategorischer Ablehnung ihres Gesuches um Wiedereinstellung von Empörung übermannt, ihr Unglück an jenen rächen wollten, die in ihren Augen die Alleinschuldigen waren.

Aus all diesen Feststellungen geht hervor, daß eine sehr bedeutungsvolle Veränderung innerhalb der Arbeiterschaft vor sich geht. Das eröffnet den Kommunisten ein weites Tätigkeitsfeld. Unter dem Schutz dieser Flut von Forderungen werden sie die Möglichkeit haben, die Gewerkschaftsorganisationen zu erweitern und gleichzeitig die revolutionäre Tendenz der Arbeiterbewegung zu stärken.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Kommunistische Partei noch nicht über ein zweites Organ verfügt, eine unerläßliche Bedingung, um aus der gegenwärtigen, für die Entwicklung so überaus günstigen Konjunktur den größtmöglichen Vorteil zu ziehen.

A. KURELLA:

DIE AUFGABEN DER ZENTRALEN PARTEISCHULEN IN DER GEGENWÄRTIGEN EPOCHE

In den größten Parteien unserer Internationale zeigt sich in der letzten Zeit das gesteigerte Bedürfnis, an die Organisation regelmäßig funktionierender zentraler Parteischulen heranzugehen, die seit langer Zeit nicht mehr bestanden.

Die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, in der einerseits keine akuten revolutionären Kämpfe stattfinden und in der andererseits sich ein wachsendes Lernbedürfnis in der Parteimitgliedschaft zeigt, gibt

die Gelegenheit zur ernstesten Lösung dieser Aufgaben. Das überall zu beobachtende relativ niedrige theoretische Niveau der Parteimitgliedschaft, die Notwendigkeit, die Gesamtpartei in der schwierigen, mit ultralinken und rechten Gefahren gleichermaßen schwanger gehenden Periode der relativen Stabilisierung mit den Prinzipien einer wirklich leninistischen Taktik zu durchtränken, die notwendige Vorbereitung auf eine kommende neue Kampfperiode fordern gebieterisch die Durchführung einer vertieften theoretischen Bildung der Parteikaders.

Die Wiedereinrichtung zentraler Parteischulen ist daher eine außerordentlich wichtige Aufgabe für alle Parteien. In den letzten zwei Jahren wurden die ersten Versuche nach dieser Richtung hin gemacht: In Frankreich wurden zwei Zentralschulen, in der Tschechoslowakei eine Zentralschule organisiert; in England hat vor kurzem eine solche Schule zu funktionieren begonnen, in Deutschland wird an der Organisation einer solchen zum Beginn des kommenden Jahres gearbeitet.*

Jedoch muß gleich bemerkt werden, daß die zentralen Parteischulen gegenwärtig einen anderen Charakter haben müssen, als ihn die gleichen Schulen in den alten sozialdemokratischen Parteien trugen. Nicht nur vom Standpunkt ihres ideologischen Inhalts, ihres Lehrprogramms aus — das ist selbstverständlich —, sondern nach den unmittelbaren Aufgaben, die vor diesen Schulen im Rahmen der Gesamttätigkeit der Parteien stehen. Die meisten unserer Parteien befinden sich in einem gewissen Ausnahme- oder Uebergangsstadium, und auf die besonderen Bedürfnisse dieses Stadiums müssen die Parteischulen eingestellt werden.

Folgende Momente bestimmen die allgemeine Lage, in der wir die Schulen zu organisieren haben:

In den letzten zwei Jahren haben unsere Parteien infolge der Reorganisation auf Grundlage der Betriebszellen eine völlige Umwandlung ihrer Struktur durchgemacht. Diese Umwandlung hat nicht nur den Bedarf an fähigen Funktionären wesentlich erhöht, sondern auch den Inhalt des Lebens der unteren Organe der Parteien und damit die Aufgaben, die vor den Funktionären stehen, völlig verändert. Die Tätigkeit der Partei ist verbreitert und spezialisiert, wobei die Erfüllung der auf den neuen Gebieten (Arbeit im Betrieb, in den Gewerkschaften, auf dem Lande, unter den Frauen, in den Gemeinden und den zahlreichen parteilosen Massenorganisationen) vor jedem Funktionär stehenden Aufgaben von ihm eine erhöhte allgemein politische Bildung verlangt.

Zu gleicher Zeit haben aber die Parteien einen großen Teil ihrer alten Funktionäre eingebüßt. Die einen, die einstigen großen Helden der alten Wohngebietsorganisation, sind durch die Reorganisation nach Betriebszellen, zu denen sie als kleinbürgerliche Elemente keinen Zutritt haben, praktisch kaltgestellt worden. Die anderen haben die Linie der Partei oder die Partei überhaupt im Laufe der inneren Richtungskämpfe verlassen. Wieder andere sind, unter dem Einfluß der erlittenen Rückschläge, an der Sache des Kommunismus irre geworden und in Passivität zurückgesunken.

* Anmerkung: Die von der Amerikanischen Workers Party (Komm.) organisierte Zentralschule gehört nicht zu dem von uns hier besprochenen Typus von Schulen.

Die geblieben sind, sind meist die zähen und praktischen Kleinarbeiter, die seit Jahren bis über die Ohren in kleiner Organisations- und Agitationsarbeit stecken und niemals Zeit gehabt haben, an ihre theoretische Weiterbildung zu denken.

In denselben Jahren ist aber überall eine mehr oder weniger große Schicht von neuen aktiven Kräften, und zwar vorwiegend oder ausschließlich aus der Arbeiterklasse herangewachsen. Und diese Schicht ist es, die vor allem der Träger jenes Dranges zum Lernen ist, von dem wir gesprochen haben.

Diese jungen Arbeiterfunktionäre sind das Material für die verstärkte theoretische Bildungsarbeit der Parteien. Die entwickeltsten Elemente aus dieser Schicht von aktiven Parteiarbeitern stellten den größten Teil der Schüler für die zentralen Parteischulen.

Die fast rein proletarische Zusammensetzung dieser Kaders tritt auch in der Zusammensetzung der Hörer der Zentralschulen zutage.

In der ersten zentralen Schule der KPF bestanden die Hörer aus 47 Betriebsarbeitern und 7 Angestellten. Darunter waren 20 Unterbezirkssekretäre, 6 Zellensekretäre und 7 aktive Mitarbeiter des KJV, die übrigen arbeiteten in verschiedenen Massenorganisationen (alle diese Aemter sind unbesoldet).

In der zweiten französischen Schule waren 31 Betriebsarbeiter (darunter 17 Metallarbeiter), 5 Angestellte und 2 Hausfrauen.

In der tschechoslowakischen Schule waren 43 Betriebsarbeiter, 2 arme Bauern, 8 Angestellte von Arbeiterorganisationen (Genossenschaften usw.) und eine Hausfrau. Diese Schüler sind gekennzeichnet durch einige Merkmale, die man berücksichtigen muß, wenn man Lehrplan, Dauer und Lehrmethoden der Schulen bestimmt.

Es sind meist junge Leute im Alter von 25 bis 30 Jahren.

Die Alterszusammensetzung der beiden KPF-Zentralschulen und der tschechoslowakischen Zentralschule war folgende:

Erste KPF-Schule (Bobigny, November 1924)

Jahre	18	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	34	39
Zahl	1	4	2	2	3	6	5	2	9	6	5	2	2	3	1	1

Zweite KPF-Schule (Clichy, November 1925)

Jahre	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	34	36
Zahl	2	6	7	3	6	3	3	3	2	1	1	1

Tschechoslowakische Schule (Prag, März 1926)

	unter 20	20 bis 30	30 bis 40
	2	47	5

Die Mehrzahl dieser Genossen sind verhältnismäßig jung in der Partei, was aus folgenden Tabellen hervorgeht.

Erste KPF-Schule

Seit	1912	1913—16	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924
	1	—	2	2	8	8	10	12	7	4

Zweite Schule der KPF

Seit	1913	1915	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
	2	1	1	7	6	3	3	6	9	1

Tschechoslowakische Schule

	1921	1922	1923	1924	1925
In der Partei vor der Abspaltung der Sozialdemokratie:	24	8	5	7	8
				8	2

Diese Genossen haben ihre ideologische und praktische Schulung vor allem während des Krieges und in den Richtungskämpfen der Nachkriegszeit erhalten. Das hat zwar den Vorteil, daß sie wenig belastet sind durch sozialdemokratische und syndikalistische Tendenzen, aber auch den Nachteil, daß sie meist gar keine Verbindung mit der Vergangenheit der revolutionären Arbeiterbewegung ihres Landes haben und eine sehr geringe marxistische Schulung besitzen. Die Mehrzahl dieser Genossen hat mehr Schriften von Lenin gelesen als von Marx und Engels, wobei infolge der geringeren Aufmerksamkeit, die die Partei im allgemeinen der theoretischen Vertiefung der Tagesprobleme der modernen Arbeiterbewegung geschenkt hat, diese leninistische Bildung zum großen Teil abstrakt geblieben und nicht wirklich mit der Tagespolitik verbunden worden ist.

Das, was diese Genossen an theoretischer Bildung besitzen, ist ihnen zufällig zuteil geworden. Ihre theoretische Bildung besteht aus Bruchstücken, die keinen rechten Zusammenhang untereinander haben.

Aus diesem allen ergeben sich die Aufgaben, die konkret vor unseren zentralen Parteischulen stehen.

Unsere zentralen Parteischulen können gegenwärtig nicht die Stätten eines langen, tiefen und grundlegenden Studiums der wissenschaftlichen Grundfragen unserer Politik sein. Sie müssen vielmehr den Charakter von Schulen eines erweiterten politischen Grundunterrichts tragen. Ihre Aufgabe ist es, die Schüler systematisch an ein geregeltes theoretisches Studium zu gewöhnen, bei ihnen die ersten Gewohnheiten wissenschaftlicher politischer Arbeit zu entwickeln. Die Schulen müssen eingestellt sein darauf, die Teilerkenntnisse und Teilerfahrungen dieser jungen Arbeiterfunktionäre in ein zusammenhängendes Ganzes zu bringen, so daß die Schüler verstehen lernen, wie sie an alle Fragen der Parteiarbeit von einem einheitlichen Gesichtspunkt, dem der marxistisch-leninistischen Theorie, heranzugehen haben. Die Schule muß unseren jungen Parteifunktionären zu gleicher Zeit verstärkte Kenntnisse auf dem Gebiete der Analyse des klassischen Kapitalismus (darunter auch seiner neuesten Formen) und Anleitungen zur konkreten marxistisch-leninistischen Analyse der Probleme der modernen revolutionären Arbeiterbewegung, in erster Linie ihres Landes, geben.

Da wir es, wie gesagt, vorwiegend mit jungen Arbeiterelementen zu tun haben, die nicht gewöhnt sind, längere Zeit eine ausschließlich intellektuelle Arbeit zu verrichten, dürfen die zentralen Parteischulen in unserer Periode nicht zu lange dauern. Die Erfahrung zeigt, daß die Schüler, mit denen wir es gegenwärtig zu tun haben, bereits nach zwei bis drei Monaten ermüden und dann nicht mehr aufnahmefähig sind. Es wäre sinnlos, die Schüler über diesen Zeitpunkt, bis zu dem sie mit voller Frische an der Arbeiterschule teilnehmen können, hinaus festzuhalten. Nach zwei bis drei Monaten sollen die Schüler in die praktische Arbeit der Partei zurückkehren, wobei es zu empfehlen ist, sie nicht unmittelbar nach der Schule mit neuen komplizierten Aufgaben zu be-

trauen, sondern sie an ihre alte Arbeit zurückgehen zu lassen und sie erst, nachdem sie das, was sie gelernt haben, auf ihren alten Arbeitskreis anzuwenden sich gewöhnt haben, mit neuen höheren Funktionen zu betrauen.

Um zu verhindern, daß die Schüler durch die Parteischnule auf den Geschmack der rein theoretischen, abstrakten Beschäftigung mit den Problemen des Marxismus-Leinismus kommen und dadurch von der praktischen Parteiarbeit abgelenkt werden (wir haben solche Beispiele, wo die Schüler infolge einer unrichtigen Einstellung der Parteischnulen zu Bücherwürmern wurden), muß der Behandlung der praktischen Organisationsfragen der Partei im Lehrplan der zentralen Parteischnulen ein großer Raum gewährt werden. Praktisch geschieht das am besten in der Weise, daß die Schüler der Zentralschnulen aufs engste mit der praktischen Arbeit der Parteiorganisationen in der Hauptstadt verbunden werden. Das hat auch noch den Vorteil, daß dabei die aus der Provinz kommenden Schüler mit der Tätigkeit der unter unmittelbarer Leitung der Parteizentrale stehenden Parteiorganisationen in der Hauptstadt bekannt werden, aus der sie für die Verbesserung der Arbeit ihrer Provinzorganisationen viel lernen können.

Von diesen Prinzipien ausgehend, wurden die beiden Zentralschnulen organisiert, die die französische Partei in den letzten Jahren durchgeführt hat, sowie die tschechoslowakische Schule. Es wurde hierbei ein neuer Typ von Parteischnulen geschaffen, der den anderen Sektionen der Kommunistischen Internationale als Beispiel dienen kann. In diesem neuen Typus von Parteischnulen wurden auch neue Lehrmethoden ausgearbeitet, die ebenfalls von größter Bedeutung sind, über die aber, sowie über die Schule selbst, in einem anderen Artikel Ausführlicheres gesagt werden wird.

A. L. B A D :
 I L L E G A L E K O M M U N I S T I S C H E Z E I T -
 S C H R I F T E N A U F D E M B A L K A N *

Die Nachkriegsreaktion auf dem Balkan, die sich sehr oft in einem blutigen Terror unüwandelnd (Bulgarien und Rumänien), trieb alle Kommunistischen Parteien der Balkanländer in die vollständige Illegalität. Eine nur unbedeutende Ausnahme bildet Griechenland, wo das politische Leben der Bourgeoisie sich weniger „stabilisiert“ hat, wo der Kampf zwischen den großen imperialistischen Mächten sich durch den bewaffneten Kampf der einzelnen Schichten der griechischen Bourgeoisie äußert. Dank dieser Lage hat die KP Griechenlands von Zeit zu Zeit eine Atempause, die sie in eine Halblegalität versetzt. Diese Halblegalität verdunkelt aber um keinen Preis die Grundlinie der Partei, und so haben wir auf dem ganzen Balkan illegale Zeitschriften der Kommunistischen Parteien, die, trotz des Terrors, der Avantgarde des Proletariats helfen sollen, immer bewaffnet am Kampf teilnehmen zu können.

I.

Die Zeitschrift der KP Bulgariens wurde bereits im Januar 1926 in Aussicht genommen und sollte als Halbmonatsschrift erscheinen. Aber der wütende Terror, der nicht nur ungeheuer viele Menschenopfer fordert, sondern auch die technische Arbeit der illegalen Partei ungeheuer erschwert, erlaubt es nicht, die Zeitschrift zweimal im Monat erscheinen zu lassen. Sie muß also notgedrungen einmal im Monat als Doppelnnummer in 4 bis 5 Druckbogen herauskommen. Es ist eine fortwährende Verbesserung der Zeitschrift festzustellen, sowohl auf redaktionellem wie auf technischem Gebiete.

Im Vorwort, das an Stelle eines „Programms“ in der ersten Nummer der „Kommunistischen Fahne“ erschienen ist, wird betont, daß diese Zeitschrift es nicht notwendig hat, ein Programm aufzustellen, sowohl weil sie sich als natürliche Nachfolgerin der „Neuen Zeit“ (Nowo Wremja“) betrachtet, d. h. des 5jährigen theoretischen Organs der KP Bulgariens, wie auch deshalb, weil die Zeitschrift einer Partei gehört, die ein Programm hat, und folglich dasselbe Programm haben muß. Die Zeitschrift stellt sich zur Aufgabe, die Lösung der Tagesfragen — politische und innerparteiliche — zu ermöglichen. Und hier muß man von Anfang an unterstreichen, was wir schon gesagt haben: es ist eine Verbesserung des Inhalts festzustellen: in den ersten Nummern der Zeitschrift wurde der Beleuchtung des ökonomischen und politischen Lebens Bulgariens sehr wenig Platz eingeräumt, und nicht in erster Reihe, sondern als Chronik. In den letzten Nummern findet man schon ganze Aufsätze (und sehr gute) über obenerwähnte Fragen. Als Beispiel zitiere ich folgende: 1. Die ökonomische Krise, 2. Die Konzessionspolitik der bulgarischen Regierung im Vergleich zur Konzessionspolitik der USSR, 3. Was haben die Kommunalwahlen gezeigt, 4. Die Flüchtlingsfrage, 5. Die bulgarischen Kommunisten und die mazedonische Frage.

Viel weniger Aufsätze sind über die innerparteiliche und über die brennende Frage der Gewerkschaften zu verzeichnen. Erst in den Nummern 13 bis 14 vom Juli d. J. finden wir einen Artikel „Auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit in Bulgarien“. Ueber die innerparteilichen Fragen, die sich mit den Parteikrisen der letzten Jahre beschäftigen sollen, ist wenig, viel zu wenig, kann man sagen, geschrieben worden. So finden wir z. B. außer den Artikeln des Genossen K. Wedjen: „Die Renegaten des Kommunismus“ in Heft 3 bis 4 und „Der natürliche Weg eines Renegaten“ in Heft 9 bis 12 noch den Aufsatz „Das versteckte Liquidatorentum“, und damit Schluß. Wir glauben, daß die bulgarischen Genossen, die in ihrer Partei bittere Kämpfe ausgefochten haben, die schon lange Zeit vor dem Kriege Spaltungen durchmachen mußten und vor diesen nicht zurückschreckten, auch jetzt den schweren, aber auch den unausweichbaren Weg für die richtige Linie der Partei offen betreten müssen. Es ist kein Geheimnis, daß die KP Bulgariens Krisen durchmachte (ich denke insbesondere an die Periode nach dem 9. Juni 1923), und niemand wird meinen, daß in dieser Periode der „Stabilisierung“ sogar für Bulgarien, und insbesondere

* „Die Kommunistische Fahne“ — „Kommunistitscheski Snamja“, die Zeitschrift der KP Bulgariens Nr. 1 bis 14. 490 und 16 Seiten.

als Folge des Zankowschen Terrors, in der KP Bulgariens alles ohne Schwierigkeiten geht. Die Zeitschrift der Partei, die mit Mühe erscheint und mit noch größerer Mühe, selbst mit Menschenopfern im Lande verbreitet wird, muß das innere Leben der Partei mehr als es anderswo der Fall ist, widerspiegeln. In der Zeitschrift sind ausgezeichnete Aufsätze des Genossen K. Wedjen über „Das Schicksal des Kommunismus in Bulgarien“ veröffentlicht, aber diese Aufsätze behandeln einstweilen die geschichtliche Seite dieses Problems. So behandeln die bisherigen Aufsätze: a. Die Pariser Kommune im Lichte der marxistischen Kritik“; b. Der Dekabristenaufstand und der Leninismus; c. Der Kampf für die sozialistische Ideologie und die proletarische Partei; d. Der Anfang der sozialistischen Bewegung in Bulgarien; e. Die marxistische Erklärung der sozialen Entwicklung Bulgariens; f. Der Kampf des Marxismus mit der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie; g. Der Kampf um die proletarische Partei; h. Die erste Etappe auf dem Wege zum proletarischen Sozialismus; i. Die Periode des Engherzigen Sozialismus; j. Der Kapitalismus und die „nationale“ Politik der Bourgeoisie; k. Die Rolle der Engherzigen und die Gewerkschaftsbewegung Bulgariens; etc.

Nicht zu vergessen einen wichtigen Aufsatz des Genossen W. Kolarow über „Blagojew . . .“, die aber in der heutigen Zeit der Klassenkämpfe und Parteikämpfe nicht so leicht zu verdauen ist. Was aber den Artikel über „Die diplomatischen Vorbereitungen des Balkankrieges von 1912“ anbetrifft, so konnte er wegbleiben oder in irgendeiner Weise in einer legalen Zeitschrift oder Zeitung untergebracht werden.

Nicht zu vergessen einen wichtigen Aufsatz des Genossen W. Kolarow über „Blagoew als Gründer und Führer der KP Bulgariens“.

Die Zeitschrift bringt viel und interessant zusammengestelltes Material über den alltäglichen weißen Terror im Lande und gibt genügendes Material über das internationale politische und Parteileben. Im allgemeinen ist zu bemerken, daß in dieser Zeitschrift ein Stück der Tradition, der guten Tradition der KP Bulgariens zu finden ist: vor und nach dem Kriege hatte die KP Bulgariens einen sehr reichen sozialistischen, marxistischen, leninistischen Verlag (die KPB kam sofort nach Rußland und Deutschland an die Reihe), und jetzt ist in der illegalen Zeitschrift ebenfalls sehr viel und unzweifelhaft gutes Material. Die bulgarischen Genossen lesen viel, was immer zu begrüßen ist.

SONTER:

DR. MAX ADLER, HELDEN DER SOZIALEN REVOLUTION*

Die österreichische Sozialdemokratie ist dafür berühmt geworden, in besonders raffinierter Weise ihren Menschewismus hinter gelehrten und revolutionären Phrasen verstecken zu können. Erst vor kurzem konnte das österreichische Parteiprogramm als ein Muster einer solchen Betrugspolitik vorgeführt werden. Das vorliegende Buch reiht sich diesen Methoden würdig an, nur mit dem einen Unterschied, daß hier in diesem Buch mit gefühlsmäßigen Momenten gearbeitet wird, die den objektiv vollzogenen Betrug an den Massen noch besser verstecken als wissenschaftliche Zitate aus Marx.

Adler schreibt ein Buch mit außerordentlichem Pathos und überfließend von Bewunderung und Verehrung für die Helden der sozialen Revolution, d. h. für — Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Schon diese Zusammenstellung ist für ein Mitglied der II. Internationale eine ganz erstaunliche. Doch mit dem richtigen Instinkte eines radikalen Menschewisten hat er erkannt, daß mit den alten Methoden der Verunglimpfung gerade bei diesen drei großen Toten bei den breitesten Schichten der Arbeitermassen nichts zu erreichen ist. Auch ein Totschweigen würde nur noch ein tieferes Eindringen der Namen dieser drei Revolutionäre in die Arbeitermassen befördern. Deshalb heißt es, in raffinierter Weise Stellung zu nehmen. Die Frage, ob der Verfasser beim Betrügen der Leser auch sich selbst betrügt, interessiert uns an dieser Stelle in keiner Weise.

Die überragende Bedeutung dieser drei Revolutionäre sieht Adler in der restlosen Hingabe an die Sache der Befreiung der Arbeiterschaft. Adler wird nicht müde, diese Hingabe zu

* Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1926, 53 Seiten.

betonen und zu feiern. Doch verbunden mit dieser Hingabe sieht Adler den Grund der überragenden Bedeutung dieser drei Revolutionäre in ihrer Treue zum revolutionären Marxismus, in ihrem Kampfe gegen den sich immer breiter machenden Reformismus und Sozialchauvinismus der II. Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaften. Ja, er geht noch weiter, er feiert die unter Lenins Führung vollzogene russische Revolution nicht nur als eines der hervorragendsten Ereignisse in der russischen Geschichte, sondern als von überragender Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Er betont den Zusammenhang dieser von ihm so gefeierten Oktoberrevolution mit der gesamten Tätigkeit Lenins vorher, vom Beginn seines Auftretens in der Arbeiterbewegung bis zu Zimmerwald und der Arbeit gegen den Krieg. Ja, und er geht in seiner Zustimmung so weit, daß er sogar erklärt, die Frage der Diktatur und des roten Terrors bilden keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den Bolschewiken.

Doch wir erholen uns schnell von unserem Erstaunen; der Pferdefuß kommt nach. Nachdem so der Verehrung der breiten Massen für Lenin Genüge getan ist, muß natürlich die politische Auswirkung dieser Verehrung verhindert werden. Natürlich ist Lenin nicht ohne Fehler, und der folgenschwerste Fehler, den Lenin, dieser überragendste Führer der internationalen Arbeiterbewegung auch nach Ansicht Adlers beging, ist die Gründung der III. Internationale, d. h. die Spaltung der Arbeiterschaft in die zwei großen getrennten Lager. Damit widerlegt Adler alles, was er vorher gesagt hat. Er verschweigt es, daß dieser von ihm so geschmähte Reformismus und Chauvinismus seiner eigenen Parteigenossen die Spaltung der Arbeiterschaft bedeutet hat und daß die III. Internationale nur der organisatorische und politische Ausdruck dieser Tatsache gewesen ist. Das Verschweigen dieser Tatsache beweist, daß Adlers Bewunderung für die Leistung Lenins bis zur Gründung der III. Internationale nur ein Lippenbekenntnis ist. Es gibt keinen größeren und deutlicheren Zusammenhang als die Tätigkeit Lenins vom ersten Moment an, über Zimmerwald, über die Oktoberrevolution zur Gründung der III. Internationale. Für Adler aber ist diese Gründung ein Irrtum in bezug auf die Ueberschätzung der revolutionären Kräfte Europas. Was ist aber die Ursache der Schwächung dieser revolutionären Kräfte? Sind es nicht etwa die Mordtaten der II. Internationale an den russischen revolutionären Arbeitern und auch an den deutschen, in der Art von Noske und den ins weiße Lager übergegangenen Menschewisten? Ist es nicht der Verrat jener, mit denen Adler im trauten Bunde ist?

Genau nach demselben Muster ist der Aufsatz über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg geschrieben. Ueberschwengliche Bewunderung für diese beiden großen Revolutionäre, für ihren Kampf gegen den Opportunismus und für die soziale Revolution. Alle Gefühlsregister werden aufgezogen anläßlich ihres Todes. Allerdings verschweigt er wohlweislich, wer die Mörder sind, und schiebt die Schuld ihnen selbst zu. Sie sind das Opfer ebenfalls eines großen Fehlers nach der Ansicht Max Adlers geworden, nicht das Opfer der von Noske organisierten weißen Banden. Und ihr überragender Fehler ist ungefähr derselbe, wie der Lenins. Der voreilige bewaffnete Kampf, der nach Adler dadurch, daß die Massen noch nicht reif waren, zu einem Kampf gegen das Proletariat (nicht etwa gegen die Bourgeoisie) geworden ist. An dieser Spaltung der Arbeiterschaft in zwei kämpfende Lager seien sie gescheitert. Er tröstet aber seine Leser damit, daß dieser große Fehler dieser beiden ihrem Andenken nicht schadet — und ihrer weiteren Wirkung für die Entwicklung des Gedankens der sozialen Revolution nicht hinderlich ist.

Könnte Adler nichts gegen die russische Revolution sagen, da sie vollzogen worden ist und sich hält, so beweist er in den Zeilen über Liebknecht und Luxemburg, daß er nur auf Grund der faktischen Existenz der russischen Revolution sie anerkennt, sonst aber der Gegner der Revolution selbst ist. Denn der Vorwurf, den er Liebknecht und Luxemburg macht, ist der, den Kampf aufgenommen zu haben um die Durchführung der Revolution, um die Diktatur des Proletariats. Daß ein solcher Kampf auch ein Kampf gegen Noske, Ebert und Scheidemann und — Max Adler sein muß, hat ihn damals zum Gegner des Kampfes gemacht und muß ihn selbstverständlich immer zum Gegner der Diktatur des Proletariats machen.

Diese Schrift ist ein Dokument, noch übler, verlogener als das neueste österreichische Parteiprogramm. Denn sie versucht, unter dem Deckmantel der höchsten Verehrung für die größten Vorkämpfer der proletarischen Revolution, konterrevolutionäre Arbeit zu leisten.